

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 21 · 29. Mai 1992 · 1,00 DM

Seite 2 Rolf Eggert: Polizeigesetz	Seite 3 Hunger in der Welt	Seite 4 Ab Herbst mehr BAfÖG	Seite 5 Rostock LATIGA	Seite 6 Zum 60.: G. Wohmann	Seite 7 Parchim ohne Theater
--	--	--	--------------------------------------	---	--

Neuwahlen - jetzt nicht

Zwischendurch hatten wir die Neuwahlen-Kampagne schon fast vergessen: Nachdem die Unterzeichner-Zahlen anfangs tagtäglich publiziert worden waren wie die Wasserstandsmeldungen im Angesicht der Sturmflut, gab es dann später nur noch vereinzelte Andeutungen, das Ergebnis werde ein Ruf wie Donnerhall sein. Während Bündnis90-Vertreter berechnen es derweil schon als den einzigen verbliebenen Sinn der Übung, immerhin mal ein bißchen von sich reden gemacht zu haben. Und die SPD, die sich das Ganze hat kosten lassen, versucht die Aktion nebst der eigenen Mitwirkung daran durch Stillschweigen geschehen zu machen. Bleiben auch die Gewerkschaften, die zwar mit ihren Leuten und ihrem roten Rot dabei waren, es jetzt aber auch nicht mehr so recht gewesen sein wollen. - ein schwaches Bild.

Schlußkundgebung am letzten Samstag in Schwerin: An der Innenseite des Marktplatzes ein Transparent mit der Aufschrift "Neuwahlen jetzt - oder wählt ein anderes Volk". Davor auf dem Platz so viel Volk, wie's die Fürstchenbude zum Erreichen des Normalumsatzes brauchte. Und eine Band sang von Sand, Strand und Sommerlüftchen. Sonst nichts. Lebt baden! Mit diesem Ruf verabschiedet sich die Neuwahlen-Initiative - und fordert die Bürgerhaft damit auf, es ihr gleichzutun.

Warum wir so penetrant bei solchen Peinlichkeiten verweilen? Weil wir wollen, daß Opposition in Politik stattfindet und nicht als schlecht inszenierte populistische Klammotte. Und weil wir wollen, daß aus vermeidbaren Niederlagen gelernt wird; was nur geht, wenn man sie sich auch anschaut. Es ist wahr: Die Regierungspolitik ist ein tiefes Jammertal politischer Inbeholfenheit und Phantasielosigkeit. Als Motto über allem könnte der Karl-Kraus-Satz prägnant sein: „Es genügt nicht, nur keine Bedanken zu haben, man muß auch unfähig sein sie auszufrühen“. Und die Opposition? Sie entschuldigt ihre Ideenlosigkeit mit der Ungunst der Umstände und ihre Schwäche mit der der Regierung. Sie fordert auch deswegen Neuwahlen, weil sie selbst nichts Neues zu bieten hat, womit sie die Koalition politisch in die Bredouille bringen könnte: Wen auch immer man fragt, was er sachlich-konkret der Regierungspolitik entgegenzusetzen habe, man be-

kommt zur Antwort, es gäbe keine Patentrezepte.

Die SPD im parlamentarischen, die Gewerkschaften und die Bürgergruppen im außerparlamentarischen Raum haben die ihnen mit den Turbulenzen der schwachen CDU/FDP-Koalition gebotenen Chancen nicht genutzt. Statt in ihren je eigenen Wirkungsbereichen auf Beteiligung an den wichtigen landespolitischen Entscheidungen zu drängen, wurde auf die Chimäre „Neuwahlen“ gesetzt. Seite, Lehment & Co. haben dadurch keinen Boden an die Opposition verloren: Denn während SPD, Gewerkschaften und Grüne/Bündnis 90 in einer Art Schatten-Koalition ihr Gewicht und ihre Energie in die Kampagne für die Landtagsauflösung legten, hatten die Koalitions-Taktiker Gelegenheit, ihre Leute auf Linie zu bringen und das Koalitionsschiff wenigstens so weit flottzubekommen, daß es in den seichten landespolitischen Gewässern nichts mehr zu fürchten gab. Statt in Schwerin im und auf den Landtag Druck für mehr Transparenz und Kompetenz einer breiter getragenen und legitimierten Landespolitik zu machen, hat sich die Opposition an die „Bürger draußen im Lande“ gewandt - mit der Scherzfrage, ob man denen da oben nicht am liebsten gestern einen Denkkzettel verpassen wolle.

Die an der Neuwahlen-Initiative beteiligten Parteien und Organisationen haben sich unter dem Oberbegriff „rot-grün“ und unter den irrealen Vorzeichen dieser Kampagne in ein Schatten-Bündnis begeben, das bei Licht besehen in diesem Land weder heute noch in absehbarer Zukunft eine Perspektive hat. Man kann das als Signal der Unlust verstehen, das landespolitische Spiel so offen zu gestalten, wie es nötig wäre, die Politik zu bessern und das Interesse der Bevölkerung daran nicht restlos zu verspielen.

Natürlich könnte der nächste Landtag auch in zwei Jahren so aussehen, wie er aussähe, wenn jetzt die gewünschten Neuwahlen kämen: Reps zur Rechten, die bestandsgesicherte PDS zur Linken, dazwischen ebenso ratlos wie gestutzt CDU, SPD und FDP sowie die empörten und betroffenen Bündnis90-Grünen. Aber vielleicht erleben wir ja doch noch wenigstens das Bemühen um eine Landespolitik, die ein anderes Wahlverhalten nahelegt.

Michael Will

In eigener Sache

Der Mecklenburger Aufbruch konnte in der vergangenen Woche wegen des Druckerstreiks nicht erscheinen. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Die Redaktion



Lastenausgleich

Der Bundespräsident und die Beckmesser

Wäre Geschichte eine lebendige Institution, ein Lebewesen, fähig zu Freude und Zorn und ausgestattet mit einem Sinn für Gerechtigkeit, sie müßte die Vereinigung Deutschlands rückgängig machen. Denn verdient haben wir dieses „Geschenk der Geschichte“ (Helmut Kohl) nicht. Vor allem die Kanzlerpartei nicht, die sich zugute hält, die Chance der Einheit ergriffen zu haben, nun aber klein kariert um die Kosten feilscht.

Das jüngste Beispiel ist die elende Beckmesserei, die in der Führungsriege der Christenpartei um den Vorschlag des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker entstanden ist, mit einem zweiten Lastenausgleich die immensen Kosten der Einheit gleichmäßiger

zu verteilen. Der Bonner Finanzminister Theo Waigel (CSU) findet allein schon den Gedanken eine unglaubliche Amtsanmaßung. Andere Unionspolitiker sprechen dem Bundespräsidenten das Recht zu einer politischen Meinungsäußerung gleich vollends ab. Richard von Weizsäcker (auch er CDU) wird es mit Gelassenheit ertragen können, zumal er wiederholt die Erfahrung hat machen müssen, daß vernünftige Gedanken und gar Selbstverständlichkeiten in seiner eigenen Partei schnell zu einem Zwergenaufstand führen.

Auch ist das Stichwort Lastenausgleich zu bedenkenswert, um es einfach als einen Schreckschuß abzutun und zur Tagesordnung des Bonner Durchwursteins überzuge-

hen. Die Reaktion in den der Industrie und den Kapitaleignern verbundenen Gazetten zeigt, daß damit ein Nerv getroffen worden ist. Und zwar der richtige.

Lastenausgleich, das war ein von dem Großbürger und Bundeskanzler Konrad Adenauer befürwortetes Gesetz, um die materielle Kluft zwischen denen, die durch Krieg und Kriegsfolgen alles verloren hatten und denen, die glimpflich davongekommen waren, erträglich zu machen. Daß dies gelungen ist, zeigt nicht nur der immense Wohlstand der alten Bundesrepublik, sondern auch die große soziale Stabilität.

Daß damit zugleich ein zu Solidarität und Opfern unfähig ma-

chender Egoismus entstanden ist, muß wie eine Ironie der Geschichte erscheinen.

Der zweite Lastenausgleich ist jedoch nicht nur eine Frage der Rückbesinnung und des Mitgefühls. Er ist viel mehr noch eine politische Pflicht. Die Bürger der alten Bundesrepublik haben, anders als die Bürger der DDR, vergleichsweise wenig für den Krieg zahlen müssen, den Deutschland angezettelt und verloren hat. Sie schulden also etwas noch denen, die gern als Brüder und Schwestern bezeichnet wurden. Wenn es schon nicht mehr die Regierenden wissen, dann weiß es vielleicht doch noch das Volk und handelt von sich aus danach.

Bernd C. Hesselein

Politik

Randbemerkungen

Weltfrieden

Das Land ist immer noch geteilt, materiell wie geistig, der soziale Frieden gefährdet und die Regierung ohne Autorität, doch der Weltfrieden soll durch die Bundesrepublik militärisch gesichert werden. So hat es Bundeskanzler Helmut Kohl vor der versammelten Generalität der Bundeswehr auf der Kommandeurtagung in Leipzig proklamiert.

Des Kanzlers großspuriger Friedensauftrag an die bewaffnete Macht der deutschen Republik blieb ohne Diskussion, doch unübersehbar war das zustimmende Aufleuchten in den Augen der goldbetreuten Befehlsempfänger. Seit das liebgewordene Feindbild im Osten fast über Nacht verschwunden ist, fehlt es der überdimensionierten Armee an einer einleuchtenden Daseinsbegründung. Nun bietet dieser Kanzler den orientierungslos gewordenen Soldaten nach wilhelminischer Art gleich den ganzen Globus als Betätigungsfeld an. Das ist nicht ohne fatalen Beigeschmack. Soll nun die Welt zwar nicht mehr am deutschen Wesen, aber noch immer an deutschen Waffen und Waffenträgern wieder einmal genesen?

Daß zwei Weltkriege, die von Deutschland ausgegangen sind, selbst eine gut gemeinte Absicht endgültig diskreditiert haben, mag dem gelehrten Historiker Helmut Kohl in seinem nekrophilen Hang zu Heldengedenkstätten nicht aufgehen. Aber auch die mehr als hundertfünfzig kriegerischen Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die Fehlschläge der Vereinten Nationen bei ihren friedensstiftenden Missionen und vor allen aber auch das wiederholte Scheitern der USA als Weltpolizist sollten die Bundesrepublik vor dem Ehrgeiz bewahren, in eine solche Rolle zu schlüpfen.

Dem Weltfrieden, dem Helmut Kohl mit seiner beschäftigungslos gewordenen Bundeswehr dienen will, fehlt es ja nicht an Soldaten. Im Gegenteil, es gibt zu viele von ihnen, die als Milizen, Sicherheitskräfte, Partisanen oder einfach schießwütige Marodeure für eine scheinbar gerechte Sache Menschen hinschlachten und ganze Landstriche verwüsten. Die Waffen dazu werden ihnen vor allem von den vermeintlich um den Weltfrieden besorgten Industrieländern geliefert. Die Bundesrepublik ist unter den ersten fünf.

Der Weltfrieden wird keine Sache von schnellen Eingreif-Verbänden sein, die irgendwo Bürgerkriege niederschlagen, wie Helmut Kohl und seine Generäle offensichtlich glauben. Daraus aber spricht lediglich der verfehlt Machtanspruch der abendländischen, der Ersten Welt.

Gefährlich

Vielleicht ist es ja nur eine Marotte der beiden, zur extensiven Selbstdarstellung neigenden Politiker: des zierlichen, auf Würde und Glorie bedachten Franzosen François Mitterrand und des kumpelhaften, zu peinlichen Gesten neigenden Teutonen Helmut Kohl. Doch die Beharrlichkeit, mit der die beiden so ungleichen Regierungschefs seit ein paar Jahren einen deutsch-französischen Militärverbund betreiben, ist jenseits des Törichten bedenklich und gefährlich.

Man muß nicht die Bedenken des US-amerikanischen Außenministers Baker zitieren, der in einem deutsch-französischen Korps eine konkurrierende Militäralianz zu der altersschwachen NATO entstehen sieht. Die Gefahr liegt eher in der Potenzierung. Denn der Aberwitz besteht ja vor allem darin, daß am Ende des Kalten Krieges, da die Schäden einer militarisierten, waffenstarrten Welt beseitigt werden müssen, wieder auf Schwerter statt auf Pflugscharen gesetzt wird.

Gefährlich vor allem aber ist der mit der Vereinigung offen ausgebrochene Drang deutscher Politiker zur weltweiten Militärpräsenz. Er findet in der subalternen Verbindung zur atomaren Mittelmacht Frankreich eine erschreckende Legitimation.

"Die Zeit der (militärischen) Drückebergerei ist vorbei", tönte kürzlich der CSU-Politiker Wolfgang Bötsch. Sie wir schon wieder so weit?

Bernd C. Hesslein

Neues Polizeigesetz:

Kein Rückfall in alte Herrschaftsstrukturen

Interview mit Rolf Eggert (SPD), Vizepräsident des Landtages

Im Lande herrscht in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens Unsicherheit. Herr Eggert, wie schätzen Sie die allgemeine Situation ein? Ist es berechtigt, daß viele Menschen Angst haben, abends auf die Straße zu gehen, oder sind sie hysterisch?

Ich glaube, daß man nicht von Hysterie sprechen sollte. Es sind berechtigte Sorgen der Bürger. Die öffentliche Sicherheit muß wiederhergestellt werden, bzw. verteidigt werden. Hier ist das staatliche Gewaltmonopol gefragt.

Das Innenministerium hat ein Polizeigesetz vorgelegt, an dem üben Sie erhebliche Kritik.

Das Gesetz muß im Innenausschuß und im Rechtsausschuß beraten werden, wobei der Innenausschuß federführend ist, da die Polizei zum Bereich des Inneren gehört. Der Innenausschuß hat eine Anhörung beantragt, diese Anhörung hat dazu geführt, daß das Innenministerium sich vorbehalten hat, einige Änderungen in dem Gesetzentwurf vorzunehmen.

Wo liegt denn nach Ihrer Meinung das Problem?

Ich denke, daß das in erster Linie ein Problem der Polizei und der Justiz ist. Die müssen endlich Hand in Hand arbeiten. Es ist nicht das Problem der gesetzlichen Grundlagen.

Wo wäre denn auf Seiten der SPD Handlungsbedarf für Änderungen gewesen?

Zu allererst ist die Möglichkeit

des finalen Rettungsschusses zu beanstanden. In dem Entwurf wird gesagt, daß hier eine klare Grundlage für das polizeiliche Handeln vor Ort, mehr Sicherheit für die Polizei geschaffen wird. Wir sind aber der Meinung, daß den Polizisten das Abwägen einer solchen Handlung nicht abgenommen werden kann. Das Strafgesetzbuch



bietet eindeutige Aussagen über den Fall der Notwehr und des Notstandes. Die Bekämpfung von Gewaltkriminalität bedarf nicht zusätzlicher Maßnahmen.

Der Einsatz verdeckter Ermittler dürfte auch eines der Problemfelder des Gesetzes sein.

Das halten wir für äußerst problematisch. Ein verdeckter Ermitt-

ler vollzöge Straftaten im Bereich der Schwerestrafkriminalität, staatlich sanktioniert, um im Milieu akzeptiert zu werden. Die Arbeit verdeckter Ermittler ist in den Alt-bundesländern mehr als umstritten.

Ebenso umstritten ist die Rasterfahndung zur besonderen Gefahrenabwehr. Auch diese Vorgehensweise ermöglicht das Strafgesetzbuch und bedarf keiner besonderen Regelung. Die grundsätzliche Frage ist: Wieweit will man in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung vorgehen.

Darüberhinaus gibt es noch andere problematische Bereiche, z.B. im Umgang mit Daten, mit Erkennungsdienstlichen Maßnahmen etc.

Die öffentliche Ordnung wird in dem Gesetzentwurf definiert, wie es in den alten Bundesländern nicht üblich war. Wie weit will man, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, diesen Begriff in die Gefahrenabwehr einbinden?

Brauchen wir mehr Staat?

Nein. Ich glaube, es liegt einmal an der Unsicherheit der Polizei selbst. Hier findet ein Umstrukturierungs- und Umlernprozeß statt. Die Polizisten müssen die gesetzlichen Grundlagen erst selbst erlernen und sicher sein in der Anwendung der Gesetze. Daß das nicht von heute auf morgen erfolgen kann, ist wohl jedem klar. Auf der anderen Seite ist immer noch nicht klar, welche Polizisten wer-

den denn nun endgültig eingestellt. Das dürfte Auswirkungen auf die Risikobereitschaft der Polizisten haben.

Welche Akzente würde denn die SPD anders in diesem Zusammenhang setzen?

Wenn eine konkrete Gefahr droht, dann müssen natürlich die erforderlichen Maßnahmen erfolgen, aber das Prinzip der Verhältnismäßigkeit ist zu wahren. Es darf nicht auf den Kopf gestellt werden. Jetzt sieht es so aus, als würde ein für die Bundesrepublik völlig neues Polizeiverständnis geschaffen. Für uns hier wäre es allerdings fast das alte. Wenn die Polizei eine solche Dimension bekommt, dann haben wir arge Bedenken.

Welche Ideen entwickelt Ihre Partei gegen die Angst im Lande?

Es gibt die kurzfristigen Dinge, die man tun muß und auch kann. Dazu gehört, das staatliche Gewaltmonopol umzusetzen. Wenn es dazu besonderer gesetzlicher Grundlagen bedarf, dann werden wir uns dem auch nicht entziehen. Langfristig muß natürlich mehr getan werden. Das betrifft vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche. Es muß mehr getan werden, soziale Randgruppen zu integrieren. Es bedarf umfassender gesellschaftspolitischer Maßnahmen.

Interview: Regine Marquardt

Die neuen, alten Grünen und Co.

Die Grünen, vor 12 Jahren aufgebrochen gegen den Zynismus und das Verlogene in der Politik, sind heute auch nicht besser und nicht schlechter als alle anderen Parteien. Die Parteibasis darf sich auf Parteitage ideologisch austoben, ihr radikales Selbstbewußtsein pflegen. Die Parteiliten in den Regierungsämtern tun, was sie in ihren Machtbezügen für erforderlich oder für möglich halten.

Zuerst erledigte der Parteitag der Grünen am vorletzten Wochenende in der Dynamo-Sporthalle in Berlin-Hohenschönhausen mißmutig seine Pflichtaufgabe. Der Zusammenschluß mit Bündnis 90 bis Anfang 1993 wurde beschlossen. Nun gibt es für beide Seiten keine Alternative mehr zum Zusammengehen. Die Östler werden ohne viel Gegenleistungen beitreten und in den Grünen verschwinden, auch wenn die ihren Namen auf Grüne/Bündnis 90 erweitern.

Dann hatte die Basis freies Spiel. So, als ob sich in den letzten Jahren nichts verändert hätte, wurden bedeutungslose Beschlüsse fürs Seelenleben der Partei gefaßt.

In der Wirtschaftspolitik wurde die ökologische und kapitalismuskritische Wachstumskritik wieder gekaut und bestätigt. Der Osten soll gefälligst nicht so werden wie der Westen, sondern von vornherein besser, gerechter und ökologischer wachsen. Bezahlen sollen das vor allem die Unternehmer und die Reichen. Grüne sind zwar für die Marktwirtschaft, aber nur mit einem starken Staat, der alles in die richtige Richtung zwingt. Kritik am exzessiven Konsumismus und eine selbstquälende Selbstbeschränkung gehören nun schon zum oppositionellen Ritual grüner Parteitage. Am Lebensstil der Grünen-Klientel geändert haben diese Beschlüsse bisher nichts, Grüne fahren so gern schnelle Wagen, wie alle anderen.

Mit deutlicher Mehrheit votierte der Parteitag für „Offene Grenzen“ und lehnte jede Reglementierung der Einwanderung als rassistisch und fremdenfeindlich ab.

Der gerade gefundene Kompromiß zum § 218 zwischen SPD-FDP-Grünen und CDU Abgeordneten wurde ausdrücklich verworfen. Herr Ullmann wurde wegen seiner Zustimmung zu diesem Kompromiß scharf kritisiert. Eine Europa-Debatte wurde aus Zeitgründen fallengelassen.

Soweit das Parteitagsgeschehen kaum berichtenswert. Es wird ohne alle politischen Folgen bleiben. Es ist abzuhaken wie die meisten Parteitage aller übrigen Parteien.

Dennoch gibt es einige erstaunliche Besonderheiten anzumerken:

Die Grünen sind, ergänzt um ihre Gesinnungsfreunde aus dem Osten, eine stabile Generations- und Milieu-Partei. Sie brauchen deshalb die fortgesetzte Bestätigung ihrer moralischen Parteigrundsätze im Innenverhältnis. Parteiseelen-Pflege könnte man das nennen. Die politische Substanz der Partei hat sich, trotz vieler Abgänge, genauso verändert wie die Mehrheitsverhältnisse. Traditionell Linke verfügen mit sich ständig erneuernder Führung über 60 - 70prozentige Mehrheiten auf Bundesparteitagen. Sie nutzen sie geschickt aus. Dort, wo sie regieren, verhalten sie sich angepaßter als die von ihnen so bekämpften Realos. Die Realos aus Hessen taktieren wie immer dilettantisch. Sie treten kaum auf und lachen sich über ihre linken Parteifreunde kaputt. Sie gehen davon aus, daß die Umerzählung durchs Mitregieren auf allen Ebenen, daß Han-

deln aus Machtinteressen und Positionssicherung, noch ein bis zwei Legislaturperioden dauern wird. Sie haben die nächste Bundestagsfraktion, die es sicher geben wird, schon abgeschrieben.

Sie gehen davon aus, daß die Auswahl der Kandidaten auch das nächstmal wieder den Zufällen der Tagemehrheiten überlassen werden wird. Das nervt sie, aber eine Alternative dazu sehen sie nicht.

Die allgemeine Stimmungslage kommt diesem machtpolitischen Pragmatismus entgegen. CDU ohne CSU und SPD bewegen sich unspektakulär aufeinander zu. Die abzusehende Große Koalition wird diesmal keine Neuauflage der Elefantenhochzeit von 1969 werden. Damals wurde mit ihr die Entwicklung der Bundesrepublik zur funktionierenden Demokratie abgeschlossen. Die SPD erbrachte den Beweis, daß Godesberg mehr als eine Absichtserklärung war und der Regierungswechsel in der Bundes-

republik möglich ist. Heute aber wird mit einer großen Koalition ein neues Muster wechselnder und stabiler Mitte-Koalitionen erfunden. Zwei 25 - 30% Parteien ergänzt um eine dritte 5-10% Partei ergeben Handlungsfähigkeiten, die die jetzt ideologisch festgefahrenen Parteilager konstruktiv auflösen können. Das Protestmilieu in der Politik votiert heute deutlich auf der Rechten, FDP und Grüne konkurrieren um die stabilisierende Rolle dieses Mittelblocks.

So paradox es erscheint, in einem solchen Szenario, macht der Parteitagverlauf vom vorletzten Wochenende durchaus Sinn. Er öffnet die Partei nach Osten, ohne den Ostlern Einfluß zu geben. Er bindet die Linken durch emotionale radikalistische Beschlüsse an die Partei, die praktisch ohne Belang sind. Er entwickelt durch die ausdrückliche Tolerierung der Schwarz-Grünen Optionen den Macht- und Postenhunger, den eine Partei zum Mitregieren braucht und schränkt die politische eindeutige Parteikompetenz so weit ein, daß sie den praktisch Handelnden eine weite Beweglichkeit verschafft.

Was dem genervten Beobachter als Langeweile erscheint, erweist sich als Kalkül mit hoher Erfolgswahrscheinlichkeit.

Die Grünen liefern so unbewußt und getragen von den politischen Instinkten der Öffentlichkeit ihren Beitrag zu einer langen Phase wechselnder Koalitionen aus CDU/SPD/GRÜN und oder FDP.

Das verschärft das Legitimationsdefizit der Politik deutlich. Es wird eine neue Rechte und andere populistische Politikansätze stabilisieren und mit großer Wahrscheinlichkeit auch in den Bundestag bringen. Es schafft aber andererseits genügend Spielraum für die Neudefinition deutscher Politik nach dem Ende der Spaltung und des Ost-West Gegensatzes. Auch wenn es unerträglich anzusehen ist, wie die Grünen sich mit bloß taktischer Gerissenheit, ohne jede Antwort auf die großen Zeitfragen, allein durch ihr Dasein an die Macht schummeln, bleibt wohl nichts übrig als sich damit abzufinden. Auch wenn das die intellektuelle Redlichkeit ebenso wie die ästhetischen Ansprüche an politisches Denken und Handeln beleidigt. Zum Kotzen erfolgreich sind diese Grünen - aber möglicherweise kann Politik nicht anders sein, wenn sie auf den Terror des Moralismus verzichtet.

Meir Mandelboom

Hauptsache

Ist Fußball wirklich die schönste Nebensache der Welt? Wer am vorletzten Samstag im Ostsee-Stadion war, wird widersprechend Fußball ist eine der blödesten Hauptsachen mindestens Mitteleuropas. Welch ein Geschwätz, Gramme und Gerempel auf dem Rasen, Welch ein Stöhnen, Jaulen, Winseln auf den Rängen, - und was ist dabei herausgekommen? Wenn es doch wenigstens nichts gewesen wäre! 22 Elende haben sich geschunden und die Allgemeinheit genervt, damit die eine Elf im dunklen Loch ewiger Zweitklassigen verschwindet und die andere erleben muß, daß man mit „Fußball des Jahres 2000“ im Jahr 1992 eben nicht Deutscher Meister wird. Und sie haben ein Beispiel dafür gegeben, daß man auch als Großverdiener unverhofft zur armen Sau werden kann.

Während die Frankfurter Eintracht wenigstens noch auf neues Glück in den nächsten 34 Spielen hoffen darf, bleibt dem FC Hansa nur der bit't' re Lorbeer, als Einziger die drei Ersten in der Endabrechnung geschlagen zu haben. Sozusagen der Preis für die sinnloseste Anstrengung des Jahres. Zur Belohnung dürfen sie nächsten Jahr gegen den SV Meppen antreten. Da möchte man ja als Vereinsverantwortlicher schon aus purem Selbstmitleid freiwillig auf das Heimrecht verzichten.

Daß Mecklenburg-Vorpommern „ein starkes Stück Zukunft“ sei, behauptet schon seit Längerem kaum noch jemand. Warum soll das der Fußball aus der Reihe tanzen, auch den Hanseaten bleibt nun bloß noch ein mittelprächtiges Stück Vergangenheit. Aber immerhin konnte vorher noch der Beweis erbracht werden, daß Mißerfolg kein Zufall ist: Immer gut Zeit auf der Kommandoücke, und wenn das Schiff sinkt, wird der Kapitän, als erster ins Rettungsboot geschickt. Als Betreuungsperson für die Sink-Phase haben sie dann einen Mann mit Erfahrung gewonnen: Rutemöller schaut wenigstens gleich schon drein wie einer, der schon mehrere Schiffsunfälle mitgemacht hat.

Die Hanse-Kogge versenkt, und Ministerpräsident Seite redet auch schon wie ein Absteiger. Düst're Wolken über Mecklenburg? Die arme, gepeinigten Osten selbst die Spiele beraubt, wo's Geld doch schon kaum für Brot reicht? Keiner teilt in den einzigen Zeiten, nicht mal die Punkte mit dem FC Hansa. Ach was: Nichts ist passiert, außer daß der Aufstand des unteren Mittelmaßes gegen den notfalls sogar über neunzig Minuten ansehenswerten Fußball nicht zum Erfolg geführt hat.

Waldemar Schlegel

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation
veröffentlicht unter der Lizenznummer 76,
ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und
Chefredakteurin:
Regine Marquardt

Redaktion:

Politik: Regine Marquardt
Kultur: Wolfram Pilz
Redaktionsassistentin: Anke Sendrowski

Ständige Autoren:
Karl Bök, Catherine Doose, Bernd C. Hesslein,
Helmut Kater, Dr. Udo Knapp, Meir Mandelboom,
Holger Panse, Waldemar Schlegel, Constanze
Steinke, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp,
Michael Will

Verlag:
Mecklenburger Verlag GmbH
Puschkinstraße 19
2750 Schwerin,
Telefon 8 33 88

Verlagsleitung:
Hans-Ulrich Gienke
Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz:
EDV-Satzstudio D. Roggentin
Fregattenstr. 61, 2400 Lübeck 1

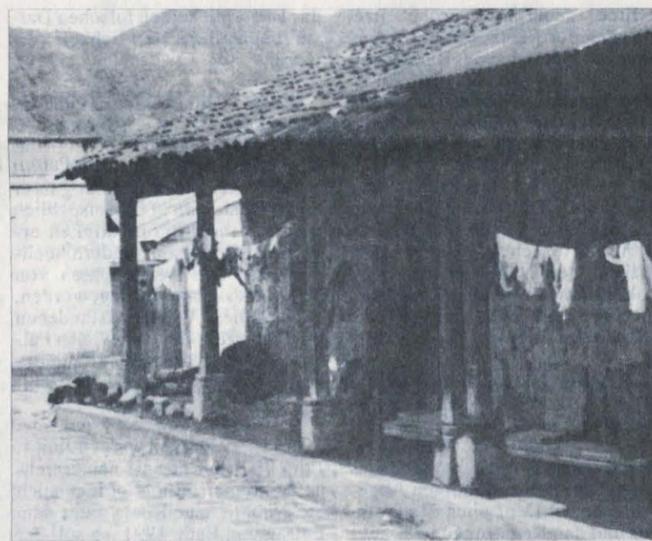
Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken.
Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Guatemala: Witwen der Diktatur

In den Zeiten des Umbruchs in Europa denken die Europäer meistens an sich selbst. Besonders Mittelamerika wurde, seit Nicaragua aus den Schlagzeilen ist, zu einem der entlegensten Plätze im europäischen Bewußtsein. Besonders weit entfernt: Guatemala, ein Land im "Hinterhof der USA" wie Nicaragua und El Salvador, in dem seit Jahrzehnten ein Bürgerkrieg schwelt und das in praktisch unausgesetzter Folge von ebenso obskuren wie grausamen Despoten im Mantel der Scheindemokratie beherrscht wird. Das (nach den unbequemen Jahren der Wirren) beruhigte Desinteresse des Westens stabilisieren das Elend der Menschen und den Terror der Herrschenden.

tereinander schwerfällt. „Wir alle sprechen nur gebrochenes Spanisch“, sagt Lucia, „aber es reicht für das Wichtigste. Politische De-



batten führen wir sowieso mit Händen und Füßen".
Trotz eines leichten Wirtschaftswachstums nimmt die soziale Verelendung Guatemalas weiter zu und mit ihr auch die staatliche Repression. Sieben Jahre nachdem mit der demokratischen Wahl Präsident Cerezo etwas Ruhe in das mittelamerikanische Land eingebracht war, verstärken sich wieder die Spannungen. Das Entdecken

werkschafter. Die stellvertretende Vorsitzende der nationalen Menschenrechtsorganisation PDH, Eugenia de la Sierra, beobachtet schon seit Monaten eine breit angelegte Einschüchterungskampagne durch Polizei und Armee: „Für die Betroffenen gibt es dann nur die notorischen ‚tres caminos‘ - die drei Wege. Entweder Du gehst in's Exil, Du schweigst und hältst die Hand hin für Korrupti-



Für die Rechte und Würde der Frauen

der Massengräber reißt alte Wunden auf, und gleichzeitig verschärft sich der Kampf der „Militares“ gegen die Guerilla. Die Friedensgespräche sind bisher erfolglos geblieben, obwohl man nach dem Durchbruch im zerrütteten Nachbarland El Salvador auch hier das Ende des Bürgerkrieges vorausgesehen hatte.
Immer schärfer verurteilen Men-

ongelder des Staates, oder Du mußt damit rechnen, daß sie dich eines Tages auch ‚abholen‘“.

Viele der Journalisten haben noch einen vierten, wenig zufriedenstellenden Weg gefunden: Die Regierung wird zwar kritisiert, doch bleibt vieles an der Oberfläche. „Genauere Nachfragen können wir gar nicht leisten, und das Militär ist weiter ein Tabu-

Thema“, bestätigt ein Journalist der liberalen Tageszeitung „La Hora“.

Für viele Frauen Conaviguas steht das Tabu-Thema immer wieder im Mittelpunkt ihrer regelmäßigen Protest-Kundgebungen vor dem Präsidentenpalast. Ähnlich den Müttern Argentinens, die immer noch die Aufdeckung der Verbrechen an ihren Kindern fordern, fragen die Witwen Guatemalas auf ihren Plakaten: „Dónde estan nuestros maridos?“ - Wo sind unsere Männer? Auf 60.000 schätzt man die Zahl der im Bürgerkrieg ermordeten Bauern, und auch heute bezichtigt Conavigua die Regierung der Kollaboration mit den eigentlichen Herrschern des Landes, den Militärs, um sich der ungeliebten Opposition zu entledigen. Perus Präsident Fujimori hat diesen Schritt gerade offiziell vollzogen.

Schon seit der offiziellen Gründung Conaviguas im September 1988 sieht das Militär eine Gefahr in den „hysterischen Müttern“, wie die Wohlhabenden des Landes sie gerne titulieren. Die Witwen erhalten Drohbriefe und obszöne Anrufe, einige wurden auf offener Straße überfallen, und verdächtig oft parken Militärfahrzeuge in der Nähe des Büros der Organisation. Nach der letzten Großdemonstration hinterließen Soldaten vier Einschüsse in den Gipswänden des maroden Hauses.

Es ist Teil einer Großoffensive, zu der auch die Zwangsrekrutierung junger Männer gehört, die aus entlegenen Dörfern des Hochlandes zum „Dienst für das Vaterland und gegen die Guerilla“ - so der offizielle Slogan - verschleppt werden. Wieder fahren LKW-Konvois der Armee durch das Altiplano und rekrutieren im Stil von Hundefängern die jungen Campesinos ohne Ankündigung oder Einberufungsbefehl. Ein bis zwei Jahre dauert die Zwangsausbildung der manchmal erst achtzehnjährigen Männer, die auf dem Land als Familienarbeitskraft so dringend gebraucht würden. Ein doppelter Schlag für die Mütter Conaviguas, die schon ihre Männer im Bürgerkrieg verloren haben.

Ein Besuch ihrer Söhne ist schon deswegen oft nicht möglich, weil der Aufenthaltsort unbekannt bleibt. Das Militär hat systematisch ihre Kasernen an den vielen Brennpunkten des Landes verteilt und sich bei den „Recrutados“ nicht so sehr auf die militärische Ausbildung als vielmehr auf eine psychologische und ideologische Gehirnwäsche spezialisiert, die „Zwei-Phasen-Reinigung“: Sind die Männer erst einmal auf Kurs gebracht, marschieren sie selbst in ihren „Säuberungszügen“ gegen die „Subversivos“ der URNG, der aus vier kleineren Gruppen hervorgegangenen Guerilla-Bewegung, deren Ziele sie oft einmal unterstützt haben.

An der Front also kämpfen Bauern gegen Bauern. Noch geht die Rechnung der Regierung auf, doch auch im Ausland wachsen die Beschwerden der Politiker und Menschenrechtsorganisationen. Die USA aber haben ihre eingefrorene Hilfe für das zentralamerikanische Land im letzten Jahr wieder freigegeben. Präsident Serrano Elias, dem Evangelistenprediger, der eher durch Zufall an die Spitze des Staates gelangt ist, werden gute Kontakte zu Präsident Bush nachgesagt, doch auch Fujimori galt als Hoffnung US-amerikanischer Politiker und ist jetzt auf dem besten Weg, sein Land Peru international zu isolieren.

Jan Wiechmann

Grenze der Nahrungsmittelproduktion in Sicht

Die Entwicklung der Völker in der sogenannten Dritten Welt steht seit über dreißig Jahren auf der Tagesordnung, auch wenn sie gegenwärtig von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Endes des Ost-West-Konflikts verdeckt und verdrängt zu werden scheint. Seither haben sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen - auch in Deutschland - verbessert.

Doch die Massenarmut in der Dritten Welt wurde nicht beseitigt, sie nimmt vielmehr Jahr für Jahr weiter zu. Mehr als einer Milliarde Menschen - einem Fünftel der Weltbevölkerung - fehlt derzeit das Nötigste zum Leben, weitere zwei Milliarden leben an der Grenze zu absoluter Armut. Diese Tatsache und ihre Konsequenzen machten in den vergangenen Wochen sowohl der letzte Jahresbericht der Entwicklungskommission der UNO (UNDP) als auch der jüngste Jahresbericht der Weltgesundheitsorganisation in Genf (WHO) dramatisch deutlich.

„Katastrophe durch Überbevölkerung“

Die Kluft zwischen armen und reichen Nationen wird immer größer. Als Folge davon wachsen die Flüchtlingsströme in aller Welt weiter an. Die Industrienationen riegeln sich dagegen ab. So lautet das Ergebnis der Entwicklungskommission der UNO. „Rund 75 Millionen Menschen aus Entwicklungsländern sind jedes Jahr unterwegs - als Wirtschaftsmigranten, Hilfsarbeiter, Flüchtlinge oder Heimatlose“, heißt es in dem vorgelegten Bericht „Globale Dimensionen der menschlichen Entwicklung 1992.“

Die reichsten 20 % der Weltbevölkerung verfügten - nach diesen UNO-Angaben - im Jahr 1990 über ein Einkommen, das 30 mal höher war als das der ärmsten 20 %. Im Jahr 1990 habe sich diese Divergenz verdoppelt. Die reichen Industriestaaten stellten zudem nur 25 % der Weltbevölkerung, konsumierten aber 70 % der Energieressourcen, 75 % der abgebauten Metalle, 85 % der Holzvorräte und 60 % aller Nahrungsmittel.

Dies sei für die armen Länder nicht mehr hinnehmbar, heißt es weiter. Die Entwicklungsländer seien zwar nicht völlig unschuldig an ihrer schlechten Wirtschafts- lage, weil sie sich oft unnötige Exportbeschränkungen auferlegten

75 Millionen Menschen sind heimatlos

und die freie Bewegung von Arbeitskräften verhinderten. Jedoch koste der beschränkte, bzw. ungleiche Marktzugang die Entwicklungsländer jährlich etwa 500 Milliarden \$, also das Zehnfache der Summe, die sie an ausländischer Hilfe erhielten. U. a. enthält dieser ebenso informative wie beunruhigende Bericht zugleich eine neue „Rangliste“ der Lebensqualität in insgesamt 160 Ländern. An der Spitze dieses Mal Kanada vor Japan, das 1990 noch den ersten Platz eingenommen hatte.

Danach folgen Norwegen, die Schweiz, Schweden, die USA, Australien, Frankreich, die Niederlande, Großbritannien, Island und Deutschland (auf Platz 12). Allerdings wird in diesem Zusammenhang auch unmißverständlich auf unterschiedliche Qualitäten im Rahmen dieser Reihenfolge hingewiesen.

Um einer Lösung der ungerechten und nicht ungefährlichen Einkommensverteilung näher zu kommen, empfiehlt die Entwicklungskommission, der 22 Mitglieder der UNO angehören, daß alle Staaten ihre Verteidigungsausgaben um drei Prozent im Jahr senken. Dies würde bis zum Jahr 2000 eine „Friedensdividende“ von 1,5 Bil-

lionen \$ abwerfen (1,2 Billionen allein in den Industriestaaten).

Damit sollten - bei gleichzeitiger Liberalisierung der Märkte und Umstrukturierung der Schuldenlast in der Dritten Welt - entsprechende Entwicklungsprojekte finanziert werden.

„Millionen Menschen könnten überleben“

Den vorliegenden UNDP-Bericht untermauert und ergänzt der Jahresreport der WHO: Gibt es zur Zeit nach UNO-Angaben 5,5 Milliarden Menschen auf der Welt, so werde durch die zunehmende „Überbevölkerung“ bereits 1998 die 6-Milliarden-Grenze überschritten. Für das Jahr 2025 rechnet die UNO mit 8,5 Milliarden Menschen, im Jahr 2050 dann mit mindestens 10 bis 12,5 Milliarden auf der Welt.

Ergänzt wird diese Darstellung durch eine UNFPA (UNO-Bevölkerungsfonds)-Studie, die detaillierter darstellt, daß die Bevölkerung Europas (Ost-, West-, Süd- und Nordeuropas) lediglich von 498,4 Millionen im Jahr 1990 auf 512,2 Millionen im Jahr 2025 zunehmen wird (wobei in Westeuropa sogar mit einem Minus von 600.000 gerechnet wird), während beispielsweise in Afrika zu den jetzigen 642 Millionen bis zum Jahr 2025 weitere 955 Millionen, in Asien sogar 1.780 Millionen zu den derzeitigen 3.113 Millionen hinzukommen werden.

Im übrigen wird im Bericht der UNO darauf hingewiesen, daß Land- und Wasservorräte der Erde nicht für die mehr als zehn Milliarden Menschen ausreichen würden und die entscheidenden Grenzen des Wachstums nicht - wie bisher angenommen - im Mangel an nicht erneuerbaren Ressourcen, sondern am Mangel an erneuerbaren Ressourcen liegen.

Es sei z. B. inzwischen bekannt, daß zwischen 1978 und 1989 in 69 von 102 erfaßten Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion der Bevölkerungsexplosion nicht mehr folgen konnte, da die Kulturland-Grundlage schrumpfte, sich verschlechterte und ein zunehmender Wassermangel eintrete. Dies sieht auch die WHO so: Während nach ihren Schätzungen die Lebenserwartung auf der Welt um etwa vier Monate jährlich zunehme, steige andererseits die Zahl der Kranken und Gebrechlichen an.

Demnach ist die Zahl der Todesfälle auf 1000 Menschen statistisch von 10,8 im Jahr 1980 auf 9,5 im Jahr 1990 zurückgegangen. Aber nach wie vor bedrohten mehr als 50 besonders schwerwiegende Krankheiten (wie Tuberkulose, Tetanus, Malaria und Aids) Milliarden Menschen. Das mache auch das drastische Gefälle zwischen dem wohlhabenden Norden und dem medizinisch unterversorgten Süden sichtbar. In den ärmsten Ländern der Welt liege die Lebenserwartung lediglich bei 50 Jahren, im industrialisierten Norden inzwischen bei 76 Jahren. „Wenn die Menschen länger leben, dann muß auch die Lebensqualität verbessert werden“, so der WHO-Generaldirektor Hiroshi Nakajima bei Vorlage des Reports Anfang Mai.

Wer diese Berichte kritisch liest, wird - auch im Interesse der Lebensbedingungen seiner Kinder und Kindeskinde - nicht nur dem UNO-Vorschlag zur Abrüstung zum Zweck der Entwicklungsförderung in der Dritten Welt, sondern auch den Anregungen zur Entwicklung einer bewußten Familienplanung in allen Ländern der Welt zustimmen müssen. Er wird zugleich erkennen, daß nicht nur die Bewältigung des Erbes des Kommunismus im Osten Milliardenmittel erfordert, sondern zugleich erheblich mehr geschehen muß, um die sich explosiv zuspitzende Gefahr eines zunehmenden Nord-Süd-Konflikts zu reduzieren.

Helmut Kater

Bildung/Soziales

Zum Herbst mehr Bafög in Ost und West

Die Leistungen für Schüler und Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden zum Herbst um durchschnittlich 6 % angehoben. „Bei der Anpassung 1992 ist eine Balance zwischen den gestiegenen Lebenshaltungskosten und der angespannten finanzwirtschaftlichen Lage in Bund und Ländern gelungen“, sagte hierzu Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb.

Nach Angaben Ortlebs werden sich die erhöhten BAföG-Sätze in diesem Herbst bei rund 600.000 jungen Menschen bemerkbar machen. Die Anpassung der Grundbedarfsätze in den neuen Ländern an das Westniveau schon in diesem Jahr wertete Ortleb als einen weiteren wesentlichen Schritt zur Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Mit der Anhebung der in Ost und West schon bisher identischen Freibeträge vom Elterneinkommen 1992 und 1993

um jeweils ca. 3 % werde den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung getragen.

Die BAföG-Höchstforderung für nicht bei ihren Eltern wohnenden Studentinnen und Studenten (über 75 % der geförderten Studierenden) wird in den alten Bundesländern um 50 Mark auf 940 Mark steigen. Bei den Eltern wohnende Studierende können maximal 710 Mark erhalten, 40 Mark mehr als bisher.

Nach der heutigen Entscheidung beträgt der Grundbedarfsatz für Studierende ab Herbst 1992 im Bundesgebiet einheitlich 570 Mark. Wegen der nach wie vor beträchtlichen Unterschiede bei den Mieten gibt es allerdings weiterhin auch verschiedene Sätze für den Wohnbedarf. Ein Studierender mit eigener Bude kann in den neuen Ländern ab Herbst 1992 insgesamt bis zu 855 Mark Förderung erhalten. Wer bei seinen Eltern wohnt, erhält maximal 660 Mark.

Bedarfsätze ab Herbst 1992 für Studierende in DM (alte Bedarfsätze in Klammern)

	West	Ost
Grundbedarf	570 (540)	570 (500)
Wohnbedarf	225 (210)	80 (50)
Mietzuschlag bis zu	75 (75)	145 (75)
Krankenversicherung	70 (65)	60 (65)

Mutterschaftsgeld

Alle schwangeren berufstätigen Frauen - mit Ausnahme der Selbständigen und der Beamtinnen, für die besondere Regelungen gelten - stehen unter dem besonderen Schutz des sogenannten „Mutterschaftsgesetzes“. Sie erhalten sechs Wochen vor der Geburt und acht Wochen danach Mutterschaftsgeld. Bei Früh- oder Mehrlingsgeburten wird dies Geld zwölf Wochen lang gezahlt.

Für alle berufstätigen Frauen, die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind, richtet sich die Höhe des Mutterschaftsgeldes nach dem durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt der letzten drei Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist. Es beträgt allerdings höchstens 25 Mark am Tag.

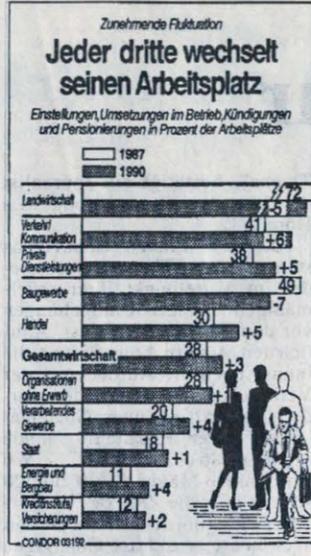
Vollzeitbeschäftigte bekommen in der Regel ein höheres Arbeitsentgelt; für diesen Fall muß dann der Arbeitgeber die Differenz bis zur Höhe des Nettolohns als Zuschuß zahlen. Selbständige in einer gesetzlichen Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld erhalten statt der 25 Mark pro Tag plus Zuschuß vom Arbeitgeber Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes. Das entspricht normalerweise 80 Prozent des durchschnittlichen Netto-Verdienstes.

Wieder anders ist die Situation von Müttern, die arbeitslos sind und Anspruch haben auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz bzw. Unterhaltsgeld während einer Umschulungs- oder Ausbildungsmaßnahme. In diesen Fällen entspricht das Mutterschaftsgeld dem Betrag, den die Mutter bis zum Beginn der Schutzfrist vom Arbeitsamt bekommen hat.

Wer keinen Anspruch hat auf Mutterschaftsgeld als Lohnersatz, also privat oder überhaupt nicht krankenversichert ist, erhält zu Beginn der sechswöchigen Schutzfrist vor der Geburt des Kindes ein einmaliges Mutterschaftsgeld in Höhe von höchstens 400 Mark.

In den neuen Ländern gilt während einer Übergangsfrist teilweise noch das alte DDR-Recht: Für Geburten vor dem 1. Januar 1991 wird Mutterunterstützung gezahlt. Sie entspricht in der Höhe dem Krankengeld, kann bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes gezahlt werden, nach der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes sogar 18 Monate lang.

RFH/IMK



Die Fluktuation deutscher Arbeitnehmer zeigt steigende Tendenz. 1990 wurden 31 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse erneuert oder beendet - 1987 waren es lediglich 28 Prozent. Überdurchschnittlich zugenommen hat die Fluktuation in den Dienstleistungsunternehmen. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe war dagegen eine Abnahme von fünf bzw. sieben Prozent zu verzeichnen. Grundsätzlich herrscht auf dem Arbeitsmarkt für geringere Qualifizierte eine weitaus größere Fluktuation als auf den Spezialistenmärkten. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer eines Arbeitnehmers sank zwischen 1987 und 1990 von 3,6 Jahren auf 3,2 Jahre. (co)

Rönsch: Gruppenantrag zu § 218 falsches Signal

Die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch (CDU):

„Der Gruppenantrag von SPD und FDP ist ein falsches Signal. Wenn er Gesetz würde, wäre das ein Rückschritt für den Schutz des ungeborenen Lebens. Ich halte es für unabdingbar, daß der Arzt in die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch eingebunden ist. Der Arzt als der Handelnde und die Frau müssen einen Abbruch gemeinsam verantworten. Nur so ist eine ethisch fundierte Entscheidung in dieser schwierigen Konfliktsituation der Frau möglich.“

Wir werden uns innerhalb der Unions-Fraktion weiterhin darum bemühen, eine Fristenregelung zu verhindern.“

Die Zugabe: Grundrechtpositionen

Wie in der letzten Ausgabe versprochen, habe ich mir noch etwas für eine „Zugabe“ ausgespart. Es gibt nämlich außerhalb des den Grundrechten gewidmeten Abschnittes I. im Grundgesetz auch noch verstreut einzelne Grundrechtpositionen.

Gleich im Artikel 20 ist im vierten Absatz das Widerstandsrecht aller Deutschen gegen Versuche verankert, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen. Allerdings steht dieses Recht unter der Einschränkung, daß andere Abhilfe nicht möglich sein darf. Wenn er also derartige Tendenzen im Staatsgefüge vermutet, ist der deutsche Michel angehalten, diesen zunächst auf anderem Wege Einhalt zu gebieten, z.B. durch Schreiben eines Leserbriefes an die Zeitung ...

Spaß beiseite, diese Regelung ist - erfreulicherweise - bisher noch nie ernsthaft praktisch geworden, obwohl sie im Zusammenhang mit dem Bau von Atomwaffen und -kraftwerken oft diskutiert wurde.

In Artikel 33, einer Ausformulierung des Gleichheitsgrundsatzes in Artikel 3, wird zum einen im

ersten Absatz klargestellt, daß jeder Deutsche in allen Bundesländern die gleichen Rechte und Pflichten hat. In Absatz 2 und 3 wird die Gleichberechtigung aller Deutschen beim Zugang zu öffentlichen Ämtern geregelt. Dabei kann allerdings nach Eignung, Befähigung und fachlicher

der Anspruch auf rechtliches Gehör. Demnach muß ein Richter jedem an einem Gerichtsverfahren die tatsächliche Möglichkeit zur Einlassung geben, und zwar während des gesamten Verfahrens.

Sodann wird klargestellt, daß strafrechtliche Vorschriften nicht rückwirkend eingeführt werden dürfen. Niemand darf für eine Tat bestraft werden, die zum Zeitpunkt der Begehung noch nicht oder noch nicht so strafbar war.

Außerdem ist die mehrfache Bestrafung wegen einer Tat ausgeschlossen. Um einen weit verbreiteten Einwand gleich zu begegnen - im Öffentlichen Dienst ist ein Disziplinarverfahren im Anschluß an ein Strafverfahren nicht durch diese Regelung ausgeschlossen. In dem einen Verfahren agiert der Staat als Staat gegenüber dem Bürger, in dem anderen als Dienstherr gegenüber dem Arbeitnehmer.

Und abschließend sei noch auf Art. 104 GG hingewiesen, in dem die Voraussetzungen für einen Freiheitsentzug durch den Staat geregelt werden.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

von Rechts wegen

Leistung unterschieden werden. Eine Möglichkeit, die sich bisher im Bereich politischer Ämter nicht so recht entfalten mochte.

In Absatz 5 ist schließlich geregelt, daß das Recht im Öffentlichen Dienst nach den traditionellen Grundsätzen des Berufsbeamtentums auszurichten ist - eine Art Grundrecht für Beamte.

Eine bestimmte - recht einschneidende - Grundrechtsbeeinträchtigung durch den Staat ist in Art. 102 GG ausgeschlossen, dort wird die Todesstrafe abgeschafft.

In Art. 103 GG sind drei elementare Grundrechte im Umgang mit Gerichten abgefaßt. Zunächst

Neue Falschmeldung:

Nicht alle Rentner werden eine Erhöhung erhalten

Eine neuerliche grobe Irreführung der Rentner in den neuen Bundesländern hat der Bundesvorsitzende des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), Martin Wurm, dem Bundesarbeitsministerium (BMA) vorgeworfen. Die Behauptung, zum 1. Juli 1992 würden alle Renten erhöht, sei falsch. An einem großen Teil der Rentner, die früher Anspruch auf Zusatzversorgung hatten, gehe die Rentenerhöhung erneut vorbei: sie bekämen im Juli 1992 nicht mehr Rente überwiesen als jetzt.

Das Bundesarbeitsministerium wisse das auch ganz genau; es versuche aber dennoch, den Sachverhalt zu verschleiern. Wurm verwies auf Proteste seines Verbandes gegenüber den zuständigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und den Regierungen der neuen Länder, denen diese Zusammenhänge dargestellt worden seien. Es dürfe nicht länger sein, daß

das BMA mit seinen falschen Darstellungen die Öffentlichkeit verwirre.

Rentner, die im Jahre 1992 Anspruch auf Zusatzversorgung hatten, sind zum Jahreswechsel in das westliche Rentensystem überführt worden. Bei der Berechnung ihrer Rente ist aber nicht das tatsächlich während ihrer Berufstätigkeit erzielte Einkommen, sondern höchstens ein Bruttoeinkommen von 600 Mark zugrundegelegt worden. Die auf diese Weise entstandenen Rentenbeträge liegen in vielen Fällen wesentlich niedriger als die Beträge, die bis Ende 1991 gezahlt wurden.

Um 12,79 Prozent werden zum 1. Juli 1992 aber nur die neu errechneten Renten erhöht. Liegt auch die erhöhte neue Rente unter dem Betrag von Ende 1991, so soll der Rentner doch keinerlei Rentenerhöhung erhalten. Soweit das Bundesarbeitsministerium anderes

verlauten lasse, seien diese Ausführungen unrichtig, meinte der BRH-Bundesvorsitzende.

Wurm verwies darauf, daß die Betroffenen schon von den bisherigen Rentenerhöhungen, von einer Ausnahme abgesehen, ausgeschlossen geblieben seien. Dabei habe es sich um weitere gezielte Benachteiligungen dieses Personenkreises gehandelt, der für das gescheiterte SED-Regime verantwortlich gemacht werde. Daß es auch anders gehe, habe das BMA bei vergleichbaren Regelungen für die früheren SVK-Rentner bewiesen. Auch dort könne es vorkommen, daß die neue Rente niedriger sei als der frühere Rentenzahlungsbetrag. Dann werde aber die Erhöhung der neuen Rente auch gezahlt, während der Auffüllbetrag unverändert bleibe. Damit erhielten diese Rentner wenigstens eine Teilerhöhung ihrer Rente. Die Rentner mit Zusatzversorgung aber sollten offenbar erneut „abgestraft“ werden.

AIDS - EINE GEFAHR, DER SIE BEGEGNEN KÖNNEN

In den neuen Bundesländern sind bisher sehr wenige Menschen mit HIV, dem AIDS-auslösenden Virus, angesteckt oder an AIDS erkrankt. In den alten Bundesländern ist die anfangs oft befürchtete katastrophale Entwicklung ausgeblieben: Die Menschen wurden rechtzeitig informiert, und sie haben die Schutzmöglichkeiten genutzt. Aber der Eindruck, von AIDS gehe daher keine Gefahr mehr aus, ist falsch.

AIDS ist eine tödliche Krankheit. Und AIDS ist bis heute nicht heilbar. Die Vermeidung von Ansteckung ist nach wie vor die einzige Möglichkeit, die Ausbreitung von AIDS zu verhindern. Den Schutz vor einer Ansteckung hat jede/r selbst in der Hand!

Wer informiert ist, kann offener über AIDS sprechen, kann Situationen mit Ansteckungsrisiko erkennen und vermeiden, kann auch unbefangener mit Betroffenen umgehen.

Das müssen Sie wissen:

AIDS kann nur durch Eindringen des AIDS-Erregers HIV (aus Samenflüssigkeit, Scheidenflüssigkeit oder Blut) in die Blutbahn übertragen werden. Vor allem:

- Durch ungeschützten Geschlechtsverkehr. Wer - ohne vorausgegangenem Infektionsrisiko - in einer sexuell treuen Partnerschaft lebt, ist nicht gefährdet. Wer jedoch wechselnde sexuelle Kontakte hat, muß sich und die Partner/innen schützen. Das gilt in besonderem Maße bei homosexuellen Männern, da in Deutschland homosexuelle Männer bisher am stärksten von der Infektion betroffen sind.

Kondome sind ein guter Schutz vor Ansteckung (auch vor anderen sexuell übertragbaren Krankheiten)!

- Durch infiziertes Blut, vor allem bei gemeinsamer Benutzung von Spritzen und Nadeln bei Drogengebrauchern. „Nein“ zu Drogen ist der beste Schutz!

Eine HIV-infizierte Mutter kann ihr Kind während der Schwangerschaft oder bei der Geburt anstecken.

AIDS ist auch ein Prüfstein für den menschlichen Umgang miteinander. Die Angst vor AIDS darf nicht unser Zusammenleben belasten. Der rücksichtsvolle Umgang mit Angesteckten und Kranken gehört zum Kampf gegen AIDS. Ohne Wenn und Aber.

Betroffene brauchen Mitgefühl und Nähe. Dafür können wir sorgen: als Angehörige, als Freunde, als Kollegen. Ohne Angst! Denn: Im alltäglichen Umgang ist keine Ansteckung möglich.

Schreiben Sie uns, wenn Sie mehr wissen möchten. Sie können als Informationsmaterial kostenlos erhalten:

- „Was jede/r über AIDS wissen sollte“
- „HIV-Übertragung und AIDS-Gefahr“
- „Wissenswertes über den HIV-Test“
- „Nanu?“ - eine Broschüre für Jugendliche, außerdem für Fachberater und Ärzte:
- „AIDS-Information für die Drogenarbeit“
- „AIDS und HIV-Infektion - Informationen für Mitarbeiter/innen im Gesundheitsbereich“

Coupon einsenden an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Postfach 91 01 52, W-5000 Köln 91.

Wenn Sie sich beraten lassen wollen, fragen Sie Ihr Gesundheitsamt, den Arzt Ihres Vertrauens oder eine Beratungsstelle, oder rufen Sie die persönliche Telefonberatung an: Köln (0221) 892031.

COUPON

GIB AIDS KEINE CHANCE

Wirtschaft

Trotz Grünem Punkt: Müll bleibt Müll

Wer erinnert sich heute schon noch an seinen Müll von gestern: Hauptsache, das Zeug verschwindet irgendwohin außerhalb des Gesichtskreises. Und wenn man den Abfall gar in eine bunte Tonne mit der Aufschrift „Recycling“ geworfen hat, fühlt man sich fast schon als Pionier der ökologischen Umkehr. Da kommt Töpfers neue Verpackungsverordnung gerade recht, die mit der Einführung der Rücknahme-Pflicht für Umverpackungen und ab Anfang 1993 auch für die Verpackungen selbst richtige Aussichten für die Recycling-Industrie und jede Menge gutes Gewissen beim Verbraucher stiftet; denn der kann weiter in Einweg-Zeug und Plaste schwelgen, ohne sich dabei als Umwelt-Depp fühlen zu müssen, denn er zahlt ja - als eine Art Öko-Abfall - den Grünpunkt-Aufpreis.

Das „Duale System Deutschland“ (DSD) hat sich, getragen von Tausenden von Firmen, die Einsammlung und das Recycling des grünepunkteten Verpackungsmülls eben dieser Firmen zur Aufgabe gesetzt. Was aber das DSD wirklich mit dem alltäglichen Müllberg anfangen will und kann, darüber ist gut rätseln: wirklich recyceln (Was mit Plastik meist gar nicht geht)? Dephonieren? Oder doch einfach verbrennen? Derweil prangt an jedem umweltschädlichen Stück Irgendwas der „Grüne Punkt“ sozusagen als Gelöbnis, aus diesem Mist Gold zu machen; und aufgesammelt wird vom „Dualen System“ gerade mal

in ein paar westdeutschen Landkreisen und sonst nirgends.

Die Grüne Liga sagt: Das ist teuer bezahlter Beschleiß; sie hat vor wenigen Tagen die Schweriner aufgerufen, die Grüne-Punkt-Packungen per Post an das DSD nach Bonn „zurückzuschicken“.

Wir sprachen mit Jörg Friese, dem abfallpolitischen Sprecher der Grünen Liga.

Kann denn recyceln Sünde sein?

Wir sind nicht gegen ökologisch sinnvolles Recycling - wie bei Papier und Glas. Aber das Duale System propagiert Recycling ja für Verpackungen aller Art, auch für Plastik. Damit fördert es massiv die Produktion von Einweg-Verpackungen, schraubt die Recycling-Quoten in die Höhe und versperrt mit immer neuen Sachzwängen den Weg zur Müllvermeidung.

Das DSD hat sich verpflichtet, die Umverpackungen und demnächst auch die Verpackungen selbst zurückzunehmen und der Wiederverwertung zuzuführen. Was ist denn daran so unverünftig?

Der „Grüne Punkt“ ist Betrug am Verbraucher, der für jede mit diesem Zeichen versehene Verpackung einen Mehrpreis von einem bis zu 20 Pfennig zahlen muß, ohne die vom Dualen System versprochene Recycling-Möglichkeit nutzen zu können, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt. Die Grüne-Punkt-Produkte wandern also in den „normalen“ Abfall, und der

Bürger zahlt doppelt für keine Leistung: die üblichen Müll-Gebühren plus den Aufschlag für den Grünen Punkt, und ein Recycling findet nach wie vor nicht statt. Müllvermeidung wird dadurch immer mehr zum Fremdwort. Die gewaltigen Summen, die der Aufbau des Dualen Systems verschlingt, sollten besser zur Förderung von Mehrweg-Systemen eingesetzt werden.

Grüne Liga gegen Grünen Punkt. Auf den ersten Blick scheint Ihre Kampagne nach außen schwer vermittelbar. Welche Resonanz haben Ihre Aktionen bei den Bürgern?

Bei Vielen zeigt die aufwendige Werbung für den Grünen Punkt Wirkung. Aber bei unserer Verpackungsmüll-Sammel-Aktion vor dem „Kaiser's“-Markt im April hat der Zulauf uns doch angenehm überrascht. Da haben wir einen ganzen Müll-Container vollgekriegt.

Was kann der einzelne Verbraucher tun?

Viel hängt davon ab, wie wichtig man selbst Müllvermeidung nimmt und ob man bereit ist, Alltags-Gewohnheiten zu ändern, also beispielsweise bewußter einzukaufen. Die Einkaufs-Tasche nicht vergessen, möglichst viel lose kaufen, Mehrwegflaschen nehmen, auf Grüne-Punkt-Verpackungen möglichst verzichten, - dabei überanstrengt sich keiner. Aber wenn das Beispiel Schule macht, verfehlt es nicht die Wirkung.

Michael Will

Landwirtschaftsmesse setzt Markenzeichen

Attraktives und informatives Messeprogramm in Rostock

Erstmals präsentiert die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns mit der Fachausstellung für Landwirtschaft, Tierhaltung und Gartenbau (LATIGA) vom 27. bis 31. Mai auf dem Messegelände in Rostock-Schutow ihr Leistungsvermögen. Mit den 150 Ausstellern stellen sich nahezu ausschließlich Verbände und Unternehmen der einheimischen Land- und Ernährungswirtschaft vor. Diese eindeutige Orientierung auf Leistung, Platz und Zukunft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern begrüßte Ministerpräsident Dr. Berndt Seide, der als Schirmherr der LATIGA fungiert.

Bei allen Strukturwandlungsprozessen war, ist und bleibt die Land- und Ernährungswirtschaft ein Markenzeichen für Mecklenburg-Vorpommern. Wie profiliert sich dieser Wirtschaftszweig unter marktwirtschaftlichen Erfordernissen? Was verspricht im Acker- und Pflanzenbau, in der Tierzucht und -haltung den Erfolg?

Welche Wirtschaftsförderung und unternehmerische Beratung erfährt der Wiedereinsteiger? Was bietet die Landtechnik dem Familienbetrieb? Urlaub auf dem Bauernhof, ein Standbein bäuerlicher Existenz? Was bietet die einheimische Ernährungswirtschaft dem Verbraucher? Fragen, die auf der

LATIGA in enger Zusammenarbeit von Messerveranstalter (Messe- und Ausstellungsgesellschaft Rostock) und Fachverbänden der Landwirtschaft beantwortet werden. Fachverbände wie die Verbände der Pferde-, Schaf-,



Milchrind-, Fleischrind-, Schweine- und Geflügelzüchter sind es, die das Profil der fünf-tägigen Messe bestimmen und die Programmschwerpunkte setzen.

Neben ihren Informationsständen in den Messehallen nutzen die Verbände das großzügig angelegte Freigelände für Tierschauen und Technikvorführungen. Eine Fachtagung mit Praktikern widmet sich dem aktuellen Thema „Nachwachsende Rohstoffe“. Den neuesten Kenntnisstand werden Wissenschaftler der Universität Rostock und des FAL Braunschweig vermitteln.

Die profilierten Unternehmen der Milch- und Fleischverarbei-

tung unseres Landes stellen sich dem Handel und dem Verbraucher in Halle 4 mit einer Palette und Kostproben ihrer Erzeugnisse vor. Mit ihrem Programm bietet die LATIGA nicht nur dem Fachbesucher Interessantes. Das Pferdeschauprogramm, die Vorführungen von Reitvereinigungen, z. B. des Reitvereins Lichtenhagen unter dem Thema „Jugend und Pferd“, sind als Zugnummern für den Messebesucher vorprogrammiert.

Sehenswert für den Hobbygärtner ist der in 300 qm Größe gestaltete Mustergarten des Landesverbandes der Gartenfreunde. Weitere Anziehungspunkte für den Kleingärtner sind tägliche Seminare zu Fach- und Rechtsfragen sowie der verbandseigene Informationsstand. Am 30. Mai führt dieser Verband auf der LATIGA seine Landesdelegiertenversammlung durch.

Die Forstwirte und Jäger bieten in einer Sonderschau Sehenswertes aus ihrer Branche. Sie lassen es sich nicht entgehen, dem Besucher in jagdliches Brauchtum einzuweihen. Insgesamt ein zeitgemäßes, breit gefächertes und interessantes Ausstellungsprogramm, mit dem sich die LATIGA als Neuling einen festen Platz im Messe-Reigen hundertjähriger Rostocker Messe-tradition erobern will.

Investitionszulage:

Griffiges Instrument

Von den zahlreichen Förderinstrumenten, mit denen private Investitionen in den neuen Bundesländern stimuliert werden, hat sich die Investitionszulage als besonders attraktiv erwiesen.

Der Wirtschaft in Ostdeutschland wird mit staatlichen Hilfen unter die Arme gegriffen (siehe Tabelle). Das Ziel: eine rasche und breite Investitionsdynamik zu entfalten und die Beschäftigungslage zu verbessern. Drei wichtige Argumente machen die Investitionszulage besonders evident:

1. Der Kreis der begünstigten Investoren ist sehr weit ausgelegt. Die Zulage wird allen Investoren gewährt, die entweder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieben sowie aus selbständiger Arbeit haben oder als steuerpflichtige Gesellschaft in dem Sinne des Körperschaftsteuergesetzes behandelt werden.

Zum Kreis der Anspruchsberechtigten zählen damit beispielsweise neben den Handwerkern und Freiberuflern auch die Kapitalgesellschaften.

2. Der Kreis der geförderten Investitionen ist umfassend. Mit Ausnahme von geringwertigen Wirtschaftsgütern, PKW's und Luftfahrzeugen kommen alle neuen beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in den Genuß der Zulage. Dabei müssen die begünstigten Investitionsgüter allerdings mindestens drei Jahre

Steuer-Vorteile für Ostdeutschland		
- in Milliarden DM -		
	1991	1992
Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen	1,0	4,5
Sonderabschreibungen	1,6	1,9
Zusätzlicher Tariffreibetrag im Rahmen der Einkommensteuer	0,7	1,0
Steuerfreie Rücklagen	0,7	0,8
Nichterhebung der Vermögensteuer	0,2	0,3
Nichterhebung der Gewerbesteuer	0,2	0,2
Reduzierte Gewerbesteuer für Einzelunternehmen oder Personengesellschaften	0,1	0,1
Besondere Wohnungsbauförderung	0,1	0,1
Anspruch auf Umsatzsteuer-Kürzungen	0,1	-
Steuervergünstigungen insgesamt	4,5	9,0

Quelle: BMF, Deutsche Bundesbank

© 20/1992 Deutscher Institut-Verlag

nach ihrer Anschaffung oder Herstellung im Betrieb des Fördergebietes verbleiben und zumindest zu 90 Prozent auch gewerblich genutzt werden.

3. Auf die Investitionszulage besteht ein gesetzlicher Rechtsanspruch. Langwierige und im Ausgang unsichere Antragsverfahren wie bei den im Rahmen der Regionalförderung gewährten Investitionszuschüssen entfallen. Für den Investor bedeutet dies Planungssicherheit.

Die geltende Regelung sieht vor: Ausrüstungsinvestitionen, die bis zum 30. Juni 1992 angeschafft oder hergestellt werden, erhalten eine zwölfprozentige Investitions-

zulage. Danach sinkt der Zulagenanteil auf acht Prozent.

Ausrüstungsinvestitionen, die nach dem 31.10.1992 angeschafft oder hergestellt werden, sind nur dann begünstigt, wenn bis zum Ende dieses Termins die Produktion begonnen oder die Anlagen zumindest bestellt worden sind. Ende 1994 läuft die Investitionszulagenregelung ganz aus.

Die Pluspunkte der Zulage sprechen eindeutig gegen den verringerten Förderungssatz - und erst recht gegen deren Abschaffung. Zwar wachsen die Investitionen in Ostdeutschland rasch, gemessen am Bedarf besteht aber nach wie vor ein Riesendefizit.

Stahlindustrie und Umweltschutz

Umweltschutz hat bei deutschen Stahlherstellern einen hohen Stellenwert. Jährlich wendet die Branche hierzulande zwei Milliarden Mark für Umweltschutzmaßnahmen auf.

Die deutsche Stahlindustrie nimmt damit in Sachen Umweltschutz weltweit eine Spitzenstellung ein. Bereits in den 50er Jahren begann sie mit dem Einbau von aufwendigen Abzugs- und Filtereinrichtungen. Der damals propagierte „blaue Himmel über Rhein und Ruhr“ ist längst Wirklichkeit. Durch den Einsatz moderner Entstaubungsanlagen wurden die Staubemissionen um fast 90 Prozent reduziert.

Wasser ist für die Stahlerzeugung unentbehrlich. Abgasreinigung, hydraulischer Transport und diverse Kühlprozesse benötigen das kostbare Naß. Während jedoch der private Verbrauch zwischen 1970 und 1990 um ein Viertel anstieg, reduzierte die Stahlindustrie den Wasserverbrauch bei der Rohstahlerzeugung um mehr als 80 Prozent.

Klaus Matthiesen, in Nordrhein-Westfalen zuständiger Minister für die Umwelt, lobt denn auch „Stahl als einen umweltgerechten Werkstoff, weil er für langlebige Produkte sorgt und von seinen Anwendungen kaum Beeinträchtigungen für Wasser, Boden und Luft ausgehen.“

EG-Agrarmarkt: Betrügereien bei Export-Erstattungen

Die Weltagrarmärkte und der Dollarkurs haben es mit der EG-Kommission in Brüssel gut gemeint: Relativ hohe Preise und ein günstiges Dollar-ECU-Verhältnis gaben ihr die Möglichkeit, im Budgetentwurf für 1993 die Agrarsubventionen geringer zu halten.

Sie sanken so zum ersten Mal unter die 50-Prozent-Marke aller EG-Ausgaben. Wenn diese Entwicklung gehalten werden könnte, wäre dies ein erfreulicher Trend.

Weniger erfreulich bleibt allerdings der nach wie vor vom EG-Rechnungshof beklagte Zustand, daß die Kasse der europäischen Gemeinschaft mit vielen betrügerischen Tricks durch unrechtmäßige Beanspruchung von Exporterstattungen geplündert wird.

Nur zwei der vielen Beispiele dafür: Eine Käselieferung wurde beim Eintreffen in Polen als nicht für den menschlichen Verzehr geeignet befunden. Erstattungsbeitrag: Fast eine Million Mark. Cheshire-Käse wurde zur Erstattung gemeldet und von den Zollbehörden bescheinigt, bevor er überhaupt produziert war.

Das Problem ist so alt wie die europäische Agrarmarkt-Ordnung.

Umleitungslieferungen und Scheinverladungen, falsche Qualitäts- und Mengenangaben gehören zu den Methoden derer, die vor allem aus dem System der Exporterstattungen rechtswidrigen Nutzen ziehen.

Im letzten Jahr zahlte die Gemeinschaft an Ausfuhrerstattungen insgesamt mehr als 7,7 Milliarden ECU (fast 16 Milliarden Mark). Mit diesem Instrument schraubt die EG ihre Preise auf das meist niedrigere Weltmarktniveau herunter.

Die Folge ist einerseits die Marktverdrängung der dringend auf Ausfuhr angewiesenen Entwicklungsländer und günstiger produzierenden Industriestaaten, andererseits - durch die Kompliziertheit der EG-Marktverordnungen und das offensichtlich noch zu wenig koordinierte Kontrollsystem - die Möglichkeit des Mißbrauchs durch kriminelle Kassierer.

Nachdem das Europaparlament und die EG-Kommission entsprechende Aktivitäten gefordert, bzw. eingeleitet haben, ist vor allem der EG-Ministerrat gefordert, mehr dafür zu tun, um dieses Auswüchse auf Kosten der Steuerzahler zu verhindern. **Helmut Kater**

Der PC-Laden
 Personal-Computer, Zubehör und Schulung
 Reparaturservice aller gängigen Geräte
 Lübecker Str. 22 - 2060 Bad Oldesloe
 Fax 04531 / 12309 - Tel. 3327
 Am Fischkombinat 11 - 2500 Rostock
 Gebäude 218, Raum 006
 Fax 081/3337 - Tel. 3336

SYLVESTER STALLONE - ESTELLE GETTY
 (Die Mutter aus der TV-Serie "GOLDEN GIRLS")

Detektiv Joe Bonowski's Mami ist in der Stadt.
 Sie hat die Wäsche gewaschen, die Fenster geputzt und die Fußböden geschrubt.
 Jetzt räumt sie die Straßen auf.

STOP! ODER MEINE MAMI SCHIESST

Capitol Schwerin
 täglich 15.30, 17.30 + 19.30 Uhr
 Fr. - So. 22.00 Uhr

Mit Staaten, die foltern und töten, ist kein Staat mehr zu machen.

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Der Anzeigenplatz wurde von dieser Zeitung gespendet. Danke!

Dachdecken mit Schornsteinköpfen und Klempnerarbeiten!

Z.B. 120qm Altdach abreißen - Sparren ausrichten und entnageln - Deltafolie mit Gewebeeinlage - Neulattung druckimprägniert 40/60mm - Dach fachgerecht eingedeckt mit Frankfurter-Pfanne + Rot - 10 lfdm. First; qm Preis von 4 89,- = **10680,-DM** zzgl. 14% Mwst.
 Eigene Gerüste; Extras werden gesondert nach Aufwand berechnet.
Aktionspreis auch für Fassadenverkleidung in Putz oder Klinkerstruktur!
5% Preisnachlaß bei Sofortabschluss!
 Postkarte genügt, wir kommen sofort!
 H. Friedrich - Alte Schönhäuserstr. 48 - 1054 Berlin

Kultur

Macht und Menschlichkeit

Anmerkungen zu Volker Hauffs Buch „Global Denken - Lokal Handeln“

„Politik zieht - wie die meisten anderen Berufe auch - Menschen mit jenen Eigenschaften an, die dort besonders gefragt sind. Es ist sicher kein Zufall, daß ich in der Schule gerne Klassensprecher war und auch gewählt wurde, daß ich bei den Pfadfindern eine Führungsrolle übernahm - ja, ich muß es zugeben, daß ich als Kind und Heranwachsender mich gerne prügeln und auch vor Stärkeren nicht sofort zurückschreckte. Menschen werden nicht zufällig Politiker. Ich glaube nicht, daß ich da eine Ausnahme bin.“

Volker Hauff, geb. 1940, SPD-Berufspolitiker, wurde 1991 von seinen eigenen Parteifreunden aus seinem Amt - er war Oberbürgermeister von Frankfurt am Main - vertrieben. Er ist damit in seinem Beruf, der Politik gescheitert. Heute arbeitet er in der Vorstandsetze des größten deutschen Medienkonzerns, bei Bertelsmann.

Hauff hat eine bemerkenswerte SPD-Karriere hinter sich gebracht. 1969 kam er als jüngster Abgeordneter in den Bundestag; 1972 wurde er zuerst parlamentarischer Staatssekretär, dann schnell Forschungs- und danach Verkehrsminister. 1979 wurde er in den SPD-Parteivorstand gewählt. Er formulierte für die SPD die wesentlichen programmatischen Eckdaten einer Wende weg vom einfachen Vorrang der Ökonomie hin zu ökologischen Bedingungen für alles Wirtschaften und die Politik. Seine Initiativen legten den Grundstock für die heute durchaus erfolgreiche staatliche Umweltpolitik in der Bundesrepublik. Hauff hat am Brundtland-Bericht mitgearbeitet,

dem wichtigsten internationalen Ausgangsdokument der Umweltpolitik überhaupt. Gleichwohl ist er politisch verantwortlich für die größte deutsche Investitionsruine, das Symbol für unverantwortliches Festhalten an der Kernenergie, dem Schnellen Brüter in Kalkar. Es bleibt bis heute nicht nachvollziehbar, warum er entgegen aller Vernunft immer wieder öffentliche Gelder für den falschen Weg mobilisiert hat. Eine ernsthafte Auseinandersetzung damit hat er in seinem Buch „Global Denken - Lokal Handeln“ nicht versucht.

Hauff ortet sein Scheitern nicht bei sich selbst, sondern sieht die Ursache dafür in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Die Parteien seien zu reinen Karrierevereinen verkommen, in denen die „Fähigkeit zur Kungelei wichtiger ist als Kompetenz“; eine Festigkeit der Politiker in Grundsatzfragen gebe es nicht, und es fehle eine politische Elite, die bereit sei, ihren öffentlichen Auftrag freudig und mit Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Und von kreativen Politikern, die sich der Neuformulierung von fortschrittlichen Horizonten nach dem Ende der Systemgegensätze stellen, keine Spur ...

Hauff erweckt mit seiner sicher richtigen Kritik den Eindruck, als habe ihn der Apparat, die Institutionen der Politik daran gehindert, seit 1969 das Richtige zu tun. Hätte man ihn nur gelassen, dann ... Sicher, die Feststellung ist richtig, daß die Parteien ihre innovativen Köpfe, die auch mal gegen die Parteilinie Neues formulieren, in der Regel verjagen. Es ist sicher auch richtig, daß das personelle Ange-

bot der Parteien mager ist und die Führungsetagen der Politik immer willkürlicher und ohne Überprüfung der politischen Fähigkeiten allein zufällig und nach Machtkalkülen besetzt werden. Tatsache ist aber auch, daß Volker Hauff nicht in der Lage war, sich gegen die bornierten Parteibeamten durchzusetzen und der Politik neue Legitimität zu erstreiten.

Verantwortung, Augenmaß und Mut müssen sich eben in Führungs- und Durchsetzungsfähigkeit bündeln, sonst nützen alle schönen Ideen leider gar nicht. An dieser Fähigkeit hat es Hauff offensichtlich gemangelt. Sein Buch trägt jedenfalls nur wenig dazu bei, konkrete Antworten daraus zu formulieren, wie der Krise des Politischen im Zeitalter der Kommunikation, neuer Technologien und weltweiter Politikhorizonte neu definiert werden kann. Auch zur Zukunft der Sozialdemokratie, der Frage, ob sie sich vom nur noch nostalgisch vertretenen Bild der demokratischen Klassenpartei der Arbeitnehmer lösen und in eine ökologisch-demokratische Modernisierungskraft verwandeln kann, wagt Hauff keine These.

„Nachdem die Ausbeutung der Menschen durch das bürokratische System der kommunistischen Zentralwirtschaften überwunden ist, suchen viele Zuflucht bei einem Manchester-Liberalismus, der an die Stelle bürokratischer Arroganz zynisch das Recht des Stärkeren, das ökonomische Faustrecht setzt, wo es doch denen, die den Umsturz, die Revolution gewagt haben, darum ging, die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der

Brüderlichkeit, wohl auch Schwesterlichkeit neu zu entdecken.“ Schön gesprochen, aber was solls?

Es ist alltäglich, daß Politiker scheitern. Das ist unterhaltsam und gehört zum demokratischen Mechanismus der freien Auswahl der Führungspersonen. Dieses Scheitern aber zum Kronzeugen gegen die Politik zu machen, die einer selbst über fast 30 Jahre hinweg entscheidend mitgeprägt hat, denunziert Politik insgesamt als mieses Geschäft. Schlimmer noch, es schwächt die Mühen der Politiker, die weiter versuchen, mit hohem Einsatz die demokratischen Institutionen neu zu festigen.

Hauffs Rücktritt wird auch im nachhinein durch seine kulturkritische Begründung nicht plausibler, Frankfurt war unter seiner Führung mit einem funktionierenden großstädtischen Bündnis von Rot und Grün auf einem durchaus beachtlichen Weg. Daß dieser Weg richtig gewesen ist, zeigt der bisherige Erfolg des Amtsnachfolgers von Schoeler, der noch dazu in der FDP groß geworden ist.

Der Rücktritt Hauffs war ein Fehler. Diese bittere Einsicht hätte zum Ausgangspunkt einer aufklärenden und weiterweisenden Selbstbefragung von Volker Hauff werden können. Die Gelegenheit dazu hat er mit seinem launischen Fazit leider versäumt.

Udo Knapp

Volker Hauff, Global Denken - Lokal Handeln, Ein politisches Fazit; Köln 1992, Verlag Kiepenheuer & Witsch, DM 39,80

Peter Maiwald

Haben wir

Haben wir uns auch beschädigt daß ich wie ein Riff aus dem Meer des Alltags aufstieg und du aufführst wie ein Schiff sankst du doch nicht in die Tiefe denn wir besserten die Planken fanden neue Kurse, Bojen für das Riff. Sahen auch, daß Riffe sanken.

Wers glaubt, wird auch nicht selig. So mächtig ist die Liebe nicht oder doch? Oder ist's nur Schwäche, Feigheit und Gewöhnung? So sehr er sich zur Klippe aufbaut gegen das Lebensallerlei, so sehr sie sich reibt an seiner Weigerung die großen Träume sausen zu lassen, so unglaublich und resigniert, so angepaßt und aufgegeben, so milde und froh wird das Lebensschiff im Streiten von beiden durch die Untiefen bugsiert, daß selbst dem allerstärksten Hahn der Kamm nicht mehr zu schwellen braucht. Und fügt sich alles im Strom der Zeit ... Könnte von meinem Vater sein und doch hat es was...

Peter Maiwald, geb. 1946, lebt in Düsseldorf. Er meint seine Beschwörung der Liebe durchaus ernst. Seine virtuos gehandhabte Form widersteht nicht nur dem Eindruck der Resignation, sie ist Widerstehen auf Dauer. Vier-füßige Trochäen stimmen den hohen Ton der Selbstbeschwörung an: „Haben wir uns auch beschädigt“.

Der zweite Vers wird um einen Trochäus und die Senkung des dritten verkürzt und das Riff so zur gefährlichen Klippe. Der siebente Vers wird um zwei Trochäen verlängert und beschreibt die Mühe, die es kostet, die Klippe zu umschiffen.

Die Form stellt den Zweifel an der Wahrheit stille: „wer staunt, dem fliegt Gebratenes ins Maul.“ Man muß sie nicht verleugnen, aber man muß auch nicht Kotzen vor all den Gefahren: „Solange es Schinken gibt/haben wir Schwein.“ So ist die Welt - Maiwald antwortet ihr mit vielen gelungenen Sonetten über die Liebe und die politischen Nöte seiner Generationenossen: „Wir abgebrannt von den gelobten Ländern/und abgebrüht und können uns nicht ändern.“ Springinsfeld Maiwald will sich nicht klein kriegen lassen - ohne abgründigen Hintersinn, aber mit Respekt abnötigendem Ernst entstehen viele einprägsame Gedichte. u. k.

Peter Maiwald, Springinsfeld, Gedichte mit Vignetten von Alfons Holtgreve, Frankfurt am Main 1992 im S. Fischer Verlag

Kalenderblatt

„Warum waren sie nun eigentlich auf der Welt, diese zwei, sie machten die Welt nur noch ein bißchen uninteressanter, beziehungsweise den Platz um sie beide herum, den infizierten sie mit Uninteressantheit. Meine armen zwei Kinder! Zu euch ist mir doch einmal gratuliert worden! Für Mischa bekam ich den Smaragd, für Leo den Topas“, denkt die Hausfrau Anja an der Kaffeetafel, nachdem sie bereits festgestellt hat, daß ihr Mann Gottfried „Finanzamtsheni, ein Stauwehr, ein Reuse ist, der ihre paar verbliebenen Luststrudel abfing, ein richtiger Sparkontenguru“. (Zwei Frauen im Spiegel).

Seit 35 Jahren erzählt Gabriele Wohmann ihre Geschichten über die Tragödien des Alltags, vornehmlich die zwischen Mann und Frau. Es sind Geschichten, die meist nach dem Happy-End beginnen. Auch der neueste Roman der 60 Jahre alt gewordenen Schriftstellerin (das Salz bitte) beschreibt

Ehe-Szenen, die einen das Gruseln lehren könnten. Aber haben wir das nicht schon verlernt?

Seit die Wohmann 1956 nach dem Studium von Germanistik, Romanistik, Musikwissenschaft und Philosophie sowie kurzer Tätigkeit als Lehrerin zu schreiben begonnen hat, legte sie alle ein bis zwei Jahre neue Erzählungen, Romane, Gedichte, Hör- und Fernsehspiele vor, in letzteren übernahm sie sogar selbst Rollen. Unermüdlich wandelt die Autorin, die sich „lebenslanglich zum Schreiben genötigt“ sieht, ihr Thema - die gestörten menschlichen Beziehungen in der modernen menschlichen Zivilisation - ab, auch wenn sich beim Blick hinter die gepflegten Fassaden bis heute die gleichen Bilder bieten.

Noch immer wohnen hinter den heimeligen Vorgärten die allseits bekannten, wenig sympathischen Zeitgenossen, die sich nichts zu sa-

gen haben, nur wütend ihren Besitz verteidigen, der das einzige ist, was sie zusammenhält. Karrieristen und Egoisten, die unfähig sind zur Herzlichkeit.

Voll Überdruß und Langeweile leben sie erst auf, wenn sie den anderen, der schon durch seine pure Anwesenheit stört, peinigen können. Die Protagonisten der Wohmann, die dem tödlichen Kreislauf der Sinnentleerung menschlicher Beziehungen zu entrinnen versuchen, sind meist bereits so morbid, daß sie scheitern. Am Ende haben sie sich nicht von der Stelle gerührt.

An Virginia Woolf und James Joyce geschult erzählt die Wohmann, die in ihrer Geburtsstadt Darmstadt lebt, knapp und genau, den Leser bewußt schockierend, obwohl ihre Geschichten „mehr bitter als böse sind“. (Elfriede Jelinek beispielsweise fährt da schärfere Geschütze auf). Doch möchte

man sich dem Urteil des Literatur-Papstes Reich-Ranicki anschließen, für den „Gabriele Wohmann zu den besten Erzählern der in den dreißiger Jahren geborenen Generation gehört“.

Die mit zahlreichen Preisen geehrte Autorin, die seit 1953 verheiratet ist, verarbeitet, wie sie sagt, eigene Erfahrungen. Oft hat man ihr darum Exhibitionismus vorgeworfen. Ihr Ziel sei es, betont sie, über die Schilderung des Privaten als Handlungsraum gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen den Leser so zu sensibilisieren, daß er das Zerstörerische in den Beziehungen erkennt und wieder fähig wird zur Kommunikation. Ob das noch irgendwann gelingt? Ich fürchte, das wird nichts werden, solange die Gesellschaft nur das dicke Konto als Utopie anzubieten hat und ihre Leser eben nicht die sind, für die die Welt nach ein paar kräftigen Steaks wieder in Ordnung ist. Dorothee Trapp

Die Tragödien des Alltags

Die Schriftstellerin Gabriele Wohmann wurde am 22. Mai 60 Jahre alt



Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

JA! Ich will den MA ein Jahr lang jede Woche in meinen Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Geburtstag _____ Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird

- Gewünschte Zahlungsweise: Ich wähle das Abo für 50 DM im Jahr. Um Ihre Portokasse zu entlasten, nehme ich das Förder-Abo für 70 DM im Jahr. Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten). Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantiert: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo

12mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM

JA! Ich will den MA 1/4 Jahr lang jede Woche in meinen Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Geburtstag _____ Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

- Gewünschte Zahlungsweise: Ich lege 10,- DM in Briefmarken bei Ich lege 10,- DM in bar bei Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10,- DM bei.

Das Abo endet nach einem Vierteljahr. Es wird nicht automatisch verlängert. Es entstehen keinerlei Verpflichtungen

Meine Widerrufsgarantiert: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

Bücher und Autoren auf der Brücke

Norddeutscher Bücherfrühling in diesem Jahr auch in Mecklenburg-Vorpommern

„Die wollen unser Geld“, mutmaßte ein älterer Passant, als er im überkommenen Verkaufstande auf der Schweriner Schloßbrücke entdeckte. „Aber Sie können ein gutes Buch dafür bekommen.“ „Zu teuer“, winkte der Mann nach einem kurzen Blick auf einen der Tische. Im großen wie im kleinen wird den zuerst der Kulturetat gekürzt. Andere Spaziergänger blieben stehen, blätterten, fragten, kauften sich.

Dennoch: Der Andrang hielt sich Grenzen vor zwei Wochen auf der Bücherbrücke, die doch einer Höhepunkte des Eröffnungsfestes für den Norddeutschen Bücherfrühling werden sollte. Mecklenburg-Vorpommern richtete als Neuling unter den Veranstaltern das gemeinsame Eröffnungsprogramm für Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Im Monat Mai stehen entlang der gesamten Küste vielfältige Veranstaltungen im Zeichen des Buches und des Lesens auf dem Programm. Organisiert wird der Norddeutsche Bücherfrühling von den Kultusministerien, der Stiftung Lesen, dem Börsenverein des

deutschen Buchhandels dem Friedrich-Bödecker-Kreis und in Mecklenburg-Vorpommern außerdem von den Literaturfördervereinen Schwerin, Rostock und Neubrandenburg.

Lust aufs Buch zu wecken oder wieder zu wecken, das Lesen der Menschen gerade im krisengeschüttelten Mecklenburg-Vorpommern als eine Chance zur Bildung und Neuorientierung in der Zeit des Umbruchs nahezubringen - diesem Ziel haben sich die Organisatoren verschrieben. Über 200 Autorenlesungen und andere Veranstaltungen fanden oder finden in diesen Tagen in Bibliotheken, Schulen, Jugendzentren und Museen statt.

Und eben auch auf der Schweriner Schloßbrücke, die als Bücherbrücke Verlage und ihre Autoren aus Mecklenburg-Vorpommern präsentierte. Den traditionsreichen Rostocker Hinstorff-Verlag eben-

so wie die gerade erst entstandenen oft nur winzig kleinen Verlage. Mit Enthusiasmus und guten Ideen wollen sie sich auf dem Markt behaupten, sehen sich aber immer wieder vor allem wirtschaftlichen Schranken gegenüber. So der Verlag Reinhard Thon in Schwerin, der landeskundliche Arbeitsblätter ediert, die vom Kultusministerium für den Schulunterricht freigegeben sind. Es besteht großer Bedarf und die Lehrer zeigen Interesse, doch „für den Ankauf fehlt den Schulen meist das Geld“, so der Verleger.

Der Demmler-Verlag, der in Schwerin von Dr. Margot Kremppien als Ein-Frau-Betrieb geführt wird, hat interessante Titel zur Stadt- und Landesgeschichte herausgebracht - ganz aktuell den National- und Naturparkführer für Mecklenburg-Vorpommern - und eine Reihe mit Sagen und Geschichten aus verschiedenen Re-

gionen begonnen. Bücher auf der Brücke - hat es etwas gebracht? „Ein großes Geschäft war es nicht“, meinte die Verlegerin am Abend. „Aber ich habe eine Reihe interessanter Gespräche und Kontakte gehabt. Mit Lesern und mit Autoren. Und das ist mir auch sehr wichtig.“

Aber ohne Geld geht eben auch nichts. Das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern hat den Bücherfrühling im Land mit 75.000 DM gefördert, der Hälfte der Summe, die insgesamt zur Verfügung stand. Das ist verschwindend wenig, wenn man weiß, daß in Niedersachsen eine Million ausgegeben werden konnte. Es ist aber „eine Menge Geld für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern, dessen Taschen leer sind“, wie der Geschäftsführer der Stiftung Lesen in Mainz, Rolf Zitzlsberger, unterstrich.

Nun macht ein Bücherfrühling

noch keine blühende Kulturlandschaft. Vieles ist seit der Wende untergegangen. So hält Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Ländern den traurigen Rekord bei der Schließung von Bibliotheken. Die kleinen Ausleihstellen, die meist von ehrenamtlichen Kräften betrieben wurden, sind bereits zu zwei Dritteln verschwunden. In Mecklenburg-Vorpommern ist eine große Zahl von Schriftstellern zu Hause, unter ihnen besonders viele Kinderbuchautoren. Und die meisten haben zu DDR-Zeiten beileibe keine „Klassenkampf“-Bücher geschrieben. Dennoch sind viele heute sprachlos, weil sie entweder ihren Platz unter den neuen Bedingungen noch nicht bestimmt haben oder weil es ihren angestammten Verlag nicht mehr gibt.

Bewahren und Fördern sind geboten. Handlungsbedarf sieht auch das Kultusministerium in Schwerin, wie Staatssekretär Dr. Thomas

Maiziere (Ministerin Schnoor hatte einen anderen Termin vorgezogen) unterstrich. Doch das Ministerium hebt die Hände, wenn es ans Bezahlen geht. „Die Mittel reichen hinten und vorne nicht“, so de Maiziere. Um dennoch voranzukommen, will man umschichten und verstärkt Projektförderung betreiben.

Erste Schritte sind da bereits getan. So wurden in Schwerin, Rostock und Neubrandenburg Literaturförderkreise gegründet. Der Schweriner Verein legte zum Bücherfrühling eine ebenfalls finanziell geförderte Broschüre vor: „Was war? Was ist?“ 13 Autoren stellen Fragen nach Schuld und Mitschuld, ziehen aus unterschiedlicher Sicht Bilanz zwischen Oktober 1989 und Oktober 1991, versuchen, ihren Platz neu zu finden. Namen wie Jürgen Borchert, Claus Bernd Schröder, Wolf Spillner oder Brigitte Birnbaum findet der interessierte Leser. Ihre Arbeiten überwinden Sprachlosigkeit, sind ein Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit, ohne die ein Neubeginn nicht möglich ist.

Ulrike Hauck

Ein Affront gegen die Künstler

Dr. Michael Muhr, Intendant am Mecklenburgischen Landestheater Parchim, im Gespräch

Es rumort am Theater Parchim. Ein Teil des Ensembles verläßt das Theater. Sie haben angekündigt, ihren Vertrag zu kündigen für den Fall, daß seitens der Politik nicht mehr Unterstützung kommt. Wie wird es weitergehen?

Warum verlassen beispielsweise Herr Lachmann und Herr Call Parchim? Gibt es Krach im Ensemble?

wußtsein, was ein Theater bedeutet, welche Chance es bedeutet, ist zwar im Landratsamt da, aber in der Stadt selbst viel zu wenig verbreitet. Da kämpfen die einzelnen Politiker, die sich für das Theater einsetzen, auf verlorenem Posten.

Wie es weitergeht, weiß noch niemand. Es geht nicht allein ums Geld, ich brauche Unterstützung mit Infrastrukturmaßnahmen und die kommt nicht. Die Verantwortlichen der Stadt haben vor allem mit der Wohnungsfrage deutlich spüren lassen, daß sie eigentlich nicht interessiert sind an Künstlern, die in der Stadt produzieren und arbeiten. Die Kündigung eines Wohnhauses für sechs Kollegen, ohne vorherige Rücksprache mit mir, ist ein klarer Affront nach dem Motto „Raus mit den Künstlern“. Diese Situation muß sich innerhalb der nächsten 14 Tage ändern, sonst erkläre ich meinen Rücktritt.

Ich kämpfe jetzt rund um die Uhr für dieses Theater, bin wie ein Verrückter, und wenn nicht ein anderer Verrückter mein Nachfolger wird, dann hat das Theater in Parchim keine Chance.

Nein, Krach in dem Sinne gibt es nicht. Natürlich haben die beiden versucht, ganz konsequent eine Linie zu fahren, wo ich als Intendant ein wenig gegensteuern mußte, weil ich als Intendant Kompromisse schließen muß und nicht zulassen kann, daß Künstler sich selbst verwirklichen ohne Rücksicht auf Verluste.

Herr Call und Herr Lachmann haben sicherlich andere Vorstellungen von einer Kleinstadt gehabt, und sie können auch persönlich nicht mehr umgehen mit dieser Stadt.

Außerdem hat Güstrow ein ganz anderes kulturelles Potential, einen anderen Hintergrund.

Nun spielt Güstrow in den Plänen des Schweriner Generalintendanten Mario Krüger eine fest Rolle ...

Ja, das ist das große Problem, daß die Theaterleute sich gegenseitig die Kunden abjagen, sich gegenseitig kaputt machen. Man muß sicherlich prüfen, inwieweit in Mecklenburg die Theater miteinander kooperieren können.

Wieviele Kollegen gehen mit den beiden mit?

Es gehen acht Kollegen, aber getrennt voneinander. Einige gehen ins Engagement, andere sind froh, daß sie mal ein Jahr arbeitslos sind, um sich neu zu orientieren.

Aber Güstrow würde Ihnen besser gefallen als Parchim?

Parchim hat große Probleme im Arbeits- und Sozialbereich, da haben die Leute andere Sorgen, als ins Theater zu gehen. In Güstrow haben sich die Menschen ihr Theaterinteresse mehr bewahrt, das ist



Der Intendant in glücklicheren Parchimer Zeiten Foto: P. Festersen

Wie reagiert die Stadt auf Ihre Rücktrittsdrohung?

Ich glaube, das ist dann ziemlich Wurscht. Leider engagiert sich nur der Bürgermeister der Stadt Parchim, der Vorsitzender des Zweckverbandes ist, sehr stark für das Theater. Er ist auch einer der wenigen Politiker, die regelmäßig ins Theater gehen. Ein Theater ist auch gesellschaftlicher Mittelpunkt einer Stadt, und es ist einfach lachhaft, daß die Parchimer Honorationen nicht ins Theater gehen. Damit fängt es doch schon an.

Wäre es nicht trotzdem ein Trauerspiel: Parchim ohne Theater?

Ich glaube, die Stadt würde es nicht einmal merken. Die Stadt hat sich nie um das Theater gekümmert. Das Mecklenburgische Landestheater hat zufälligerweise seinen Sitz in Parchim.

Das müssen Sie sich mal vorstellen: Das Theater wird in Parchim angefeindet. Die Künstler werden nicht nur nicht geliebt - sie werden beschimpft als überflüssig, als Parasiten, als Schmarotzer usw. Da kann ich es jedem Schauspieler nachsehen, wenn er nach zwei Jahren geht.

Ist das der Grund dafür, daß jetzt ein großer Teil des Ensembles Parchim verläßt?

Diese Fluktuation am Theater ist völlig normal. Natürlich sind einige Künstler auch mit der Absicht gekommen, sich selbst zu verwirklichen, und sie merken, wie schwierig es ist, in Parchim Theater zu machen.

Sind die Stellen schon neu besetzt?

Ja selbstverständlich.

Woher kommen die Neuverpflichtungen?

Von überallher: aus der Schweiz, aus Österreich, Ostdeutschland, Westdeutschland ... Aus dem deutschen Sprachraum.

Wird sich damit auch die Spielplanstruktur ändern?

Überhaupt nicht. Unser Kurs hat sich bewährt, d.h. Stücke zu spielen, welche Schwerin und Rostock nicht spielen; engagiertes Theater, neue Stücke, die mit der Situation der Menschen zu tun haben. Deswegen sind wir in unserem Spielgebiet und im Westen anerkannt, und deswegen werden wir eingeladen. Nicht für irgendwelche Klammotten. Natürlich spielen wir auch Unterhaltungstheater, das gehört zu unserem Programm. Wir haben ja in Parchim auch die Funktion eines Stadttheaters.

Wird das Theater nach Güstrow umziehen?

Ich halte das für die einzige langfristige Überlebenschance für dieses Theater. Die Unterstützung seitens der Stadt Parchim ist minimal und sie wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Das Be-

dort anders verankert. Die Parchimer Tradition ist 40 Jahre alt, die in Güstrow 150! Güstrow hat einfach die Möglichkeiten, eine kleine Kulturhauptstadt zu werden, durch Barlach, durch das Schloß, den Dom und und ... da paßt Theater ins Konzept.

Das Parchimer Theater muß mit fünf Millionen Mark saniert werden, das Gebäude ist absolut desolat. Es ist eigentlich nicht mehr zumutbar. Wir improvisieren ständig. Diese Millionen könnte man anderswo besser anlegen, um dort ein vernünftiges Theater anzusiedeln.

Wie sehen Sie, abgesehen von der speziellen Parchimer Problematik, die Situation in Mecklenburg-Vorpommern?

Ich sehe momentan schwarz für die Kultur in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt keine Konzepte. Es geht nur ums Geld, niemand macht sich Gedanken. Ich kann nur als Musterbeispiel Sachen nennen, da funktioniert das. Da sind Politiker, die das in die Hand nehmen. Es ist nicht nur eine Geldfrage, es ist auch eine Frage der Inhalte, des Denkens. Ich hoffe, daß sich etwas tun wird. Vielleicht kann sich die neue Kultusministerin besser durchsetzen.

Interview: Wolfram Pitz

Rowohlt im Mai

Die westdeutschen Linken fällt es immer noch schwer, ihr Verhältnis zur ehemaligen DDR zu klären und Abschied von überholten Weltbildern zu nehmen. Cora Stephan, Henrik M. Broder, Claus Leggewie u. a. hinterfragen deutsche Lebenslügen und «kritischen Konformismus».

HEMINGWAY
ERNEST
12562 * DM 9,90

NEUES VOM FESTLAND
STORIES
12562 * DM 9,90

Wir Kollaborateure
13218 * DM 8,90

Genial präzise Prosa
Hemingway-Leser können sich freuen: Jetzt erscheinen sieben bisher unveröffentlichte Stories und drei Szenen aus unvollendet gebliebenen Romanen, «rein wie die Luft der Morgendämmerung» (John Updike).

Neue Bescheidenheit
Schmidbauers «Klassiker» über die Psychologie des Konsumverzichts erscheint jetzt in vollständig überarbeiteter und erweiterter Neuauflage. Sein Konzept der Ökotherapie ist ein Schritt auf dem Weg zur Selbstgenügsamkeit.

Wolfgang Schmidbauer
Weniger ist manchmal mehr
Zur Psychologie des Konsumverzichts
9110 * DM 12,90

INSPEKTOR JURY
BRICHT DAS EIS
MARTHA GRIMES
12257 * DM 10,90

Die Lady
Bt morden
Edliches Verbrechen auf die feine englische Art: diesmal trifft es zwei schöne Frauen in einem kleinen Dorf. «Ein intelligenter Krimi, raffiniert konstruiert und geschmackvoll serviert.» (Münchener Merkur)

Woraus besteht das All?
Sind es «Strings», Neutrinos oder gar Schattenuniversen? Die neue populärwissenschaftliche Taschenbuch-Reihe «science» startet mit Trefliss Bestseller über die Geheimnisse des Kosmos. «Eine komplizierte Materie wird verständlich, witzig und lesbar beschrieben.» (Süddt. Rundfunk)

JAN WIESE
13088 * DM 8,90

James Trefl
Fünf Gründe, warum es die Welt nicht geben kann
Die Astrophysik der Dunklen Materie
9313 * DM 12,90

ro ro ro

Vermischtes

Tunnelbau: Pannen unter dem Großen Belt

Peter Langager, Chef der Dänischen Staatsbahn, ist unzufrieden. Europa schenke dem bislang ehrgeizigsten Projekt seines Landes sowie der größten Baustelle Skandinaviens und auch den Zukunftsplänen nicht die gebührende Aufmerksamkeit, klagte er jüngst vor Bahnexperten in Kopenhagen. Immerhin reduziere das im Bau befindliche Tunnel- und Brückenprojekt im Großen Belt, das Dänemarks Inseln Fünen und Seeland verbindet, die Fahrzeiten um die Hälfte. Der Eisenbahnverkehr mit dem Festland werde sich sogar verdoppeln, so Langager. Fortgeschritten seien zudem die Pläne für eine fest Verbindung mit Schweden. Deutschland könne über den Fehmarnbelt angebunden werden. „Die Hochgeschwindigkeitspläne Deutschlands und Frankreichs werden nichts sein gegen das Große-Belt-Projekt“, schwärmte Langager. Dem Bahnchef dürfte es inzwischen allerdings selbst im eigenen Land schwerfallen, die Enthusiasten um sich zu scharen, ist doch bereits klar, daß nicht, wie ursprünglich geplant, schon ab 1993 die Züge zwischen Kopenhagen und Odense über dem Großen Belt rollen.

Die Brücken- und Tunnelarbeiten stehen in der Tat dem Kanaltunnel zwischen Großbritannien und dem europäischen Festland, der im Juni 1993 eröffnet werden soll, kaum nach. Das zu den größten Bauwerken der Welt zählende Projekt besteht aus einer Ost- und einer Westbrücke von jeweils knapp sieben Kilometern Länge sowie zwei acht Kilometer langen Tunnelröhren bis zu 77 Meter unter dem Meeresspiegel. Die Westbrücke zwischen Fünen und der kleinen Insel Sprogö genau in der Mitte des Großen Belt ist Europas längste kombinierte Straßen- und Eisenbahnbrücke. Auf Sprogö, dessen Fläche durch Aufschüttungen inzwischen vervierfacht wurde, trennen sich Auto und Eisenbahn. Während die Bahn durch zwei Röhren mit einem Durchmesser von rund acht Metern mit Maximaltempo 180 km/h zur Insel Seeland rast, wird die Autobahn auf der größten Hängebrücke der Welt weitergeführt. Sie „schwebt“ knapp 60 Meter über dem Meer, die freie Spannweite zwischen beiden Pfeilern der Ostbrücke beträgt 1.600 bis 1.700 Meter.

Als das Mammutunternehmen im Juni 1987 vom dänischen Parlament beschlossen wurde, ahnte die zu 100 Prozent dem Staat gehörende A/S Storebaeltforbindelsen (Große-Belt-Verbindung AG) als Bauherr kaum, daß es ein derart großer Problemfall werden könnte. Letzte Havarie in einer ganzen Serie von Pannen: Der Wassereinbruch bei Tunnelbohrungen vor Sprogö im Oktober vergangenen Jahres, glückliche Umstände verhinderten, daß Menschenleben zu beklagen waren. Zwei der insgesamt vier riesigen, 200 Meter langen Bohr-



maschinen, die sich mit einem Durchmesser von 8,75 Metern von den Röhrenden zur Mitte vorbohren, müssen somit erneut repariert werden. Firmensprecher Jacob Vestergaard gibt sich optimistisch und rechnet mit ihrem Einsatz noch kommenden Juni. Die anderen Bohrer arbeiten nach neunmonatiger Instandsetzung erst seit ein paar Wochen wieder. Nach ohnehin verspätetem Bohrbeginn galt im März: Fertigstellung des Tunnels 1995. Schon im Mai wird jedoch ein neuer Zielplan vorgelegt.

Eigentlich sollte nach Vorstellung der Projektmanager spätestens im März dieses Jahres die Eisenbahntechnik im Tunnel installiert und schon am 15. September 1993 der Fahrbetrieb aufgenommen werden. Seinerzeit hatten die Politiker zudem beschlossen - im zweifellos begrüßenswerten Bestreben, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern - die Autobahnen und somit die gesamte Verbindung genau drei Jahre später freizugeben. Angesichts der enormen Verzögerungen wollte sich das dänische Parlament lange Zeit nicht mit dem Gedanken anfreunden, daß womöglich Autofahrer und nicht die

Bahn Premiere über dem Großen Belt feiern. Inzwischen sei die Maßgabe einer dreijährigen Frist vom Tisch, berichtet Vestergaard. Die Bahnverbindung müsse nun „so schnell wie möglich“ fertiggestellt werden, sagt der frühere Journalist. Auch die Baukosten belaufen sich mittlerweile auf rund 19 Milliarden Kronen (etwa drei Milliarden US-Dollar) gegenüber ursprünglich veranschlagten 17,85 Milliarden. Vestergaard rechnet mit einem weiteren Anstieg der Mittel in dem ebenfalls bis Mai überarbeiteten Budget.

Fest steht allemal: von der kleinen Insel Sprogö, die schon der dänische König im 12. Jahrhundert als Beobachtungsposten nutzte, bleiben lediglich der alte Leuchtturm und ein paar Häuser auf dem ursprünglichen Eiland. Die künftig nur zwei Einwohner werden garantiert einfacher auf das Festland gelangen als das in früheren Zeiten möglich war. Noch bis Mitte der Sechziger Jahre lebten „gefallene Mädchen“ auf Sprogö, um dort „resozialisiert“ zu werden. Einzige Möglichkeit, um von der Insel wegzukommen, war eine Heirat mit Seeleuten.

André Stahl

Das intelligente Müllauto

Wer weniger Müll verursacht, soll auch weniger zahlen. Dieser Grundgedanke steht hinter einem neuen Abrechnungssystem für Hausmüll, bei dem ein Computer genau erfaßt, wie oft eine Mülltonne entleert wird. Jetzt ist ein System einsatzbereit, das diese Aufgabe technisch zuverlässig und einfach löst: „Heureka“. Ein erster praktischer Versuch damit wurde in Baesweiler erfolgreich abgeschlossen.

Die Ortsgruppe Kitschbachtal des Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV) bekam für ihr hierbei zugrundeliegendes Konzept den Europäischen Umweltpreis 1989. Bonbon für die 721 Test-Haushalte: Jedesmal, wenn die Tonne nicht geleert werden

muß, werden zwei Mark gutgeschrieben.

Voraussetzung für die individuelle Erfassung der Leerungen ist ein „Transponder“, der an jeder Mülltonne angebracht wird. Dieser kleine, unverwundliche und fälschungssichere Chip macht für einen Sender und Empfänger am Müllfahrzeug erkennbar, welche Tonne gerade geleert wird. Diese Daten werden in einem Computer im Führerhaus erfaßt und dann für die Berechnung der Müllgebühren ausgewertet. Jede Leerung wird auf der Abrechnung mit Datum und Uhrzeit aufgeführt. Je öfter die Tonne voll wird und geleert werden muß, desto höher wird die Rechnung. (uta)

„Musikantentreff Ostsee“ in Rostock

In diesem Sommer wird es in Rostock, in der Woche vom 22. bis 27. Juli, wieder das traditionelle Jugendblasmusikfestival geben. „Bewahrt den Musikantentreff Ostsee!“ hatte es schon im Sommer 1990 immer wieder geheißt.

Das wollte auch Rostocks Oberbürgermeister, Dr. Klaus Kilimann, wie er gegenüber der Presse ausdrücklich betonte. Und doch fiel die große internationale Begegnung von Jugendblasorchestern in der Hansestadt, die nach Einschätzung auch internationaler Experten zu den bedeutendsten derartigen Veranstaltungen in Europa gehörte, 1991 wegen finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten aus.

Fast wäre das auch in diesem Jahr so gekommen, und damit leicht das endgültige Aus eines reizvollen, für die Stadt und die Region nicht unbedeutenden Ereignisses. Musikfreunde in Rostock und im Ausland fanden sich damit aber nicht ab. Im Oktober 1991 gründete sich der Verein „culture & contact“ e. V., um für die Erhaltung und Förderung kultureller, sportlicher und touristischer Potenzen der Hansestadt zu wirken. Er trieb die Dinge voran.

Es mußten ein neuer Träger anstelle des früheren staatlichen Veranstaltungsdienstes gefunden und vor allem Geld aufgetrieben werden. Der Senat der Stadt war jedoch, wie Kultursenatorin Ulrike Oschwald informierte, angesichts der wirtschaftlichen Situation der Stadt einfach nicht in der Lage, die nicht unerheblichen Kosten zu tragen.

Die engagierten Mitglieder von „c & c“ ließen aber nicht locker. Sie wiesen den Wert der Fortsetzung dieser Tradition nach, erarbeiteten ein Finanzierungsmodell und legten eine tragfähige Konzeption vor.

Inzwischen ist ihnen die Unterstützung von Land und Bund - Minister Dr. Rainer Ortleb hat die Schirmherrschaft übernommen - gewiß, Mittel sollen fließen. Die Kommune wird ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Faktisch in letzter Minute wurden Einladungen u. a. in die Länder Skandinaviens, des Baltikums, nach Polen, in die CSFR, nach Belgien, Holland, Österreich und an deutsche Vereine, bzw. Gruppen geschickt. Wie die „c & c“-Vorsitzende Ingrid Krefta meint, sei auf die Zusage von rund 20 Klangkörpern, und zwar der

höchsten Leistungskategorien, zu hoffen. Selbstverständlich sollen, wie das international üblich ist, die anreisenden Gruppen die Kosten für ihre Teilnahme selbst mit tragen. Doch hier liegt besonders für die baltischen und andere osteuropäische Interessenten ein großes Problem. Für sie sind Sponsoren notwendig, damit sie nicht vor den Stadtoren Rostocks bleiben müssen.

Im Unterschied zu früher können nicht nur Jugendblasorchester, sondern auch Jugendbläserensembles und Showgruppen - historische Gardes, Drumcorps und die attraktiven Majorettenzüge - teilnehmen. Natürlich wird es wieder Fachveranstaltungen und künstlerische Wettbewerbe geben, aber ebenso die für die Zuschauer so sehens- und hörensicheren Showkonzerte, Defilés und Umzüge.

Veranstaltungen wie ein historischer Markt und eine musikalische Experimentierstraße ergänzen das Musik-Festival, das europäischen Rang wahren will und Glanzlichter des Rostocker Sommers setzen dürfte.

Robert Rosentreter

Filme brauchen Dosen



Als einziger Betrieb in Deutschland stellt die Hamburger Firma Filmpack GmbH Hermann Winkel Weißblechdosen für 16 mm und 35 mm-Filme her. Seine einzigartige Dosenproduktion startete der 93 Jahre alte Familienbetrieb kurz nach dem 2. Weltkrieg. Hauptabnehmer der Filmverpackungen ist der sogenannte Schulbilderdienst, beliefert werden aber auch einige Kopierwerke. Angefertigt werden die Dosen in relativ kleinen Auflagen - einige 10.000 Dosen jährlich - und mehreren Größen (10 cm bis 64 cm für Filmlängen von 60 bis 1800 Metern).

Keine Gefahr statischer Aufladung und weniger Staub sind die Hauptar-

gumente für Weißblechverpackungen von Filmen. Starke Wärme könnte darüber hinaus billigere Kunststoffe verformen - der Film könnte beschädigt werden. Viele Filmarchive lehnen auch Kunststoffdosen aus Sicherheitsgründen völlig ab - Weißblech indes gilt als brandsicher. In den Dosen trocknen die Filme nicht so schnell aus und bleiben länger frisch. Die Rostgefahr wird durch eine extra starke Verzinnung der Bleche sehr klein gehalten.

Zwölf Mitarbeiter sind bei der Hamburger Firma für die Dosenproduktion und den Versand der Container zuständig.

Foto: Schulz/amw

Entkalken auf die sanfte Tour

Wer kennt sie nicht, die Werbung, in der ein freundlicher Mechaniker mit seinem Schraubenzieher den weiblichen Belag vom Waschmaschinen-Heizstab kratzt? Die Ursachen sind Übel: Kalkablagerungen!

Überall, wo Wasser erhitzt wird, fällt Kalk aus, der sich auf Heizschlangen oder an den Gefäßwänden absetzt. Diese Schicht senkt die Heizwirkung und vergedet so kostbare Energie. Regelmäßiges Entkalken von elektrischen Geräten und Wasserkesseln ist daher wichtig. Häufig verwendete MitbürgerInnen zu diesem Zweck im Handel angebotenen, stark ätzenden wirkenden Entkalkungsmittel. Dabei zeigen auch weniger aggressive Mittel ihre Wirkung.

Empfehlung: Wasserkessel Haushaltsessig einweichen, auskochen und gut ausspülen. Wer sich der Waschmittel-Baukastensysteme bedient, kann gezielt Wasserenthärter zugeben und so auf Entkalkung der Waschmaschine verzichten. Ansonsten hilft hier Essigessenz oder Zitrus-

Swift. Große Klasse für kleine Kasse.



Abb.: Swift 1,0 GL, dreitürig, mit Suzuki-Original-Zubehör

Abb.: Swift 1,3 GL, Stufenheck, mit Suzuki-Original-Zubehör

Der Swift ist schon günstig in Anschaffung und Verbrauch. Noch günstiger zeigt er sich beim Gebrauch: reichlich Platz für fünf Personen, variabler Innenraum auch für Sperriges und ein beachtlicher Komfort! Dann noch diese Auswahl. Mit 1,0 l, mit 1,3 l, als 3- oder 5-Türer oder als viertürige 1,3 l/1,6 l-Stufenheck-Limousine, wahlweise mit Automatik. Sie haben die Wahl!



Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Arnold Schulz
SUZUKI-Vertragshändler

0-2796 Schwerin-Zippendorf
Einfahrt Lindawerk
Am Hang 7
Telefon 21 32 16

FAKTEN FORSCHUNG HYPOTHESEN

Die Ursachen des Waldsterbens

Das ist der Titel der neuen Informationsschrift der Stiftung „WALD IN NOT“. Wissenschaftler nehmen Stellung. Umfassend, sachlich, neutral. Ja ich möchte mich über die Ursachen und Folgen des Waldsterbens informieren. Senden Sie mir folgende Broschüren (0,80 DM in Briefmarken als Rückporto füge ich bei):

- Fakten, Forschung, Hypothesen Ursachen des Waldsterbens
- Was jeder gegen das Waldsterben tun kann

Name _____
Straße _____
PLZ./Ort _____
STIFTUNG „WALD IN NOT“
Wielandstr. 4, 5300 Bonn 2



STIFTUNG WALD IN NOT
GEWENNUNGSVEREIN FÜR DEN WALD



Achtung - Neue Anschrift
Mein Büro ist umgezogen

IMMOBILIEN SCHWERIN
ISOLDE HOMUTH

Heinrich-Mann-Straße 11
2755 SCHWERIN

Tel.: 8 35 28 · Fax 8 35 28

RDM

Wir suchen weiterhin für unsere Kunden Häuser, Grundstücke, Anlage- und Gewerbeobjekte, Ladenflächen.

Forum

Mitläufer, eine aussterbende Spezies?

Da wollen jetzt diese Massen eheulicher braver Erste-Mai-Marschierer, folgsamer „Wähler“ der DDR-Volksvertretungen, für drei Jahre zur Volksarmee freiwillig Verpflichteten, gute Köpfe rollen sehen, die Köpfe der „Verantwortlichen“.

„Papi, und warum hast du denn damals selber alles mitgemacht?“

„Was hätte es denn genützt, wenn ich als Einzelnener...“

Die scheinbar (wenigstens in ihren eigenen Augen) Harmlosen „Mitläufer“ haben die Macht zementiert. Auf welcher Ebene hörte eigentlich das Mitlaufen auf und begann die Verantwortung? Geradezu Befehlsnotstand bestanden, so hat man uns jetzt geführt, bis in die höchsten Kreise, in jene Altherrenriege hinein, die nun wirklich ehrfurchtsvoll als die eigentlichen Entscheidungs- und Verantwortungsträger unter ständiger Anwesenheit aller ihrer Titel genannt zu bekommen gewohnt waren. Damals waren sie doch für unser aller und für jedes einzelnen Wohlergehen und für alle in Aussicht gestellte Rentenerhöhung persönlich zuständig und unter ewiger Dank war ihnen gewiß nichts da, jeder hat nachträglich, da die Sache als blamabel offenbar geworden ist, das entwürdigende Schauspiel der Schuldzuweisung auf jeweils anderen geliefert. Mitläufer alles nur, Märtyrer womöglich, die das Besten wollten, aber das Schlimmste nicht verhindern konnten. Aber immerhin der Chef vom Ganzen, der konnte doch... sein, nein, auch er konnte nichts dafür. Der Erste Sekretär und letzte Parteifunktionär hat sich in seinen letzten Interviews recht deutlich als großer Mitläufer des großen Brudersorgetan, bei all seinen Aktivitäten einschließlich Mauerbau. Er hätte gar nicht anders können gekonnt und wollen gedurft und hat auf seine Weise das Beste aus der Situation gemacht. Hat den Frieden gerettet.

Wessen Mitläufer denn nun der

große Bruder Leonid Iljitsch (Breshnew) selber war, können wir ihn leider nicht mehr fragen. Doch die Antwort ist einfach, wir können sie uns selbst geben: Er war der Mitläufer seiner Mitläufer. Auf dem Parteitag klatscht das Plenum und ebenso das Präsidium. Keiner weiß mehr, wer hier eigentlich wen beklatscht. Es werden in rotes Leder gebundene Kassetten mit den papiernen Guten Taten heraufgeführt, die aus Anlaß und zu Ehren des Parteitag getan worden sind. Man lügt einander nach Kräften die Taschen voll und keiner weiß mehr, wo eigentlich der Zwang zu dieser zwanghaften Handlung herkommt. Und keiner wagt das Kind zu sein, das dazwischenruft, daß der Kaiser doch nackt sei.

Und da ist die Schuld wieder ganz unten angekommen.

Es gab keine Wahlpflicht in der DDR. Es stand nicht Zuchthaus auf Nichtteilnahme. Der äußere Schein

von freier Wahl blieb emsig gewahrt. Auf diesen Anstrich von Freiheit konnte man die Wahlhelfer festnageln, wenn sie am Nachmittag beim Nichtwähler vor der Tür standen, und man konnte sie mitsamt ihrer fliegenden Wahlurne mit langen Gesichtern wieder abziehen lassen. Das brachte außer dem Spaß nichts weiter Schlimmes ein als die Notwendigkeit, seine Karriere auf etwas anderes als auf Angepaßtheit zu bauen. Und für einen Mann mit Zivilcourage zu gelten, dem man vertrauen kann.

Alle ideologischen Zwänge in der DDR waren formal freiwillig. Die damals die Macht hatten, sich der Nötigung zu versagen, sind jetzt nicht einmal diejenigen, die am lautesten nach den Köpfen der „Verantwortlichen“ schreien. Wahrscheinlich weil ihnen, damals wie heute, nicht so sehr daran liegt, Verantwortlichkeit zu delegieren. Köpfe rollen sehen wollen jetzt vor allem die, die auf diese Weise da-

von ablenken wollen, daß sie selbst schon seit Jahren keinen Kopf mehr zwischen den Schultern hatten... Nein, sie müssen verkraften, daß man jetzt ebenso wenig die Verantwortlichen findet wie es damals Verantwortliche gab. Mit anderen Worten, sie müssen verkraften, daß sie selbst, doch bloß „Mitläufer“, die Verantwortlichen sind.

Etwas anderes ist wirklich, und verständlicherweise, schwer zu verkraften, und zwar für diejenigen, die damals das Rückgrat besaßen zurückzustehen, und die damit den Mitläufern die günstigeren gesellschaftlichen Stellungen überließen. Sie müssen mit ansehen, daß ihr Opfer für die Anständigkeit noch nicht zu Ende ist. Während ihnen selbst jetzt vielleicht zehn Jahre Leitungserfahrung fehlen, vielleicht ein Hochschulstudium, haben die Mitläufer ihre günstigeren Positionen frech in günstigere Startpositionen für die Nachwende-Gesellschaft umgemünzt. Doch trösten wir uns. Die Spreu trennt sich im frischen Wind schnell vom Weizen. Das Terrain ist für bloße Mitläufer, die sonst keine Vorzüge hatten, die sie für ihre gehobenen Positionen empfahlen, nicht mehr günstig. Weder in den Chefetagen der Industrie noch in den Amtsstuben der Verwaltung wird jetzt Mitläuferschaft an sich bezahlt. Loyalität ist zwar auch in dieser Gesellschaft noch ein Wert. (Es wird gewitzelt, daß im Öffentlichen Dienst die ehemalige Mitgliedschaft in der SED nicht nur kein Hindernis, sondern geradezu ein Ausweis der Staatstreue ist, die man für eine schnelle Verbeamtung voraussetzen muß). Dennoch, wer weiter nichts ist als loyal, der ist in dieser Gesellschaft nichts. Dafür wird diese Gesellschaft viel zu sehr durch den konstruktiven Streit konstituiert. Man darf vermuten und für alle Zeiten hoffen, daß Mitläufer eine aussterbende Spezies sind.



Foto: Rainer Cordes

Konrad Wasielewski

Pressefreiheit - ja, aber...

Der Leitartikel in Ihrer Nr. 19 vom 8. Mai 92 unter der Überschrift „Abschied in Langeweile“ über den Beschluß des Bündnis 90, mit den Grünen zusammenzugehen - was viele Bürger in ihrem Bewußtsein schon längst vollzogen haben oder wünschen - stimmte mich traurig ob seiner zynischen Sprache, seiner absolut vorverurteilenden Unterstellungen bei gleichzeitigem Null-Informationswert.

Ihnen scheint offensichtlich ein vermeintlicher geistreicher und schnoddriger Sprachstil wichtiger zu sein als das Bemühen um Sachlichkeit und Information, obwohl doch gegenwärtig gerade das angesichts der Gewalt der Medienkonzerne, gegen die Sie auch anzukämpfen haben - oder bin ich da mit meiner Annahme nicht mehr auf dem Laufenden? - besonders nötig ist. Aber das bedarf natürlich eines Bemühens um Sachkenntnis und vor allem Verantwortungsgefühls gegenüber dem Stoff und den Personen, über die Sie schreiben. Oder war der Autor dieses Pamphlets etwa zur Delegiertenkonferenz in Berlin dabei, als es um ein gleichberechtigtes Miteinander von Bündnis 90 und den Grünen ging? Da müßte er drei Tage lang geschlafen haben.

Wie könnte er sonst bereits im ersten Satz schreiben, daß sich die Bürgerbewegungen „in den Grünen auflösen“? Und was dann auf den zwei Spalten folgt, sind weiterhin nichts als Behauptungen aus einer penetrant einseitigen Haltung heraus, wie wir sie zu Genüge von starrsinnigen Ideologen kennen, die soch vor noch nicht allzu langer Zeit über Andersdenkende überhoben. Da werden böseartig zu Problemen so negative Beurteilungen gefunden, wie es nur jemandem möglich ist, der zu Leuten, die in der Vergangenheit und noch heute (!) große Opfer bringen, und denen Sie doch zumindest unmittelbar die Existenz Ihrer vorgeblich unabhängigen Zeitung verdanken, ein, vorsichtig ausgedrückt, gestörtes Verhältnis hat. Das Bemühen um Objektivität, das Sicheinstellen auf den Gegenstand fehlt völlig. Wem die Fähigkeit zur Differenzierung nicht zur Verfügung steht, kann nicht über einen komplizierten Sachverhalt schreiben und sollte sich zunächst in einem Genre versuchen, von dem er etwas mehr versteht und wo das geringe ihm zur Verfügung stehende Maß an Toleranz

und Akzeptanz der Würde des Menschen nicht allzu sehr stört.

Nun ist es ja jedem freigestellt, seine politische Meinung zu äußern, Gottseidank; aber dann bitte doch ohne Diffamierung des politischen Gegners. Das machen uns zwar Vertreter der großen Parteien vor, aber das ist nicht mein Stil, und ich will auch nichts mit solchen Leuten zu tun haben. Ich werde deshalb Ihr Blatt abbestellen. Entlassen Sie mich bitte so bald wie möglich von Ihrer Abonnentenliste.

Ich grüße meine Freunde vom Bündnis 90, bei den Grünen und vom Neuen Forum in Schwerin, die seit Jahren ihre schwere, aufopferungsvolle Arbeit im Stadtparlament leisten, unbemerkt von der Öffentlichkeit, weil sie weder Zeit noch Lobby, sprich Geld, für public relations haben.

Heinz Postulka Schwerin

Was heißt hier Diffamierung?

Der Autor des Leserbriefes ist bitter enttäuscht, daß mag seine Anwürfe erklären. Darum sollte dieses Schreiben nicht ohne Antwort bleiben. Daß wir nun zu politischen Gegnern der Bürgerbewegung gehören sollen, gar noch zu diffamierenden, ist ein Umstand, der uns etwas irritiert. Richtig mag an dem Eindruck sein, daß wir mit anderen bis heute warten, daß die Bürgerbewegung endlich aus dem Schmolllwinkel tritt und beginnt, effektiv politisch zu arbeiten. Was ihr im kommunalen Bereich gelingt, muß sie versuchen, in den gesellschaftlichen Gesamtkontext zu stellen.

Der MA verdankt seine Entstehung zu allererst Bürgern, die sich im Herbst 89 auf die Straße begaben, um die Welt zu verändern, keiner „Bewegung“, keiner Partei. Seine Existenz verdankt der MA denen, die die Zeitung Woche für Woche machen. Und er nimmt sich das Recht, Politik kritisch zu begleiten. Am Ende könnte auch der Beitrag einer kleinen, immer noch unabhängigen Zeitung zur Demokratisierung gehört werden.

Regine Marquardt

Sauberes Wasser

Im MA Nr. 17 berichteten Sie von einer Bürgerinitiative in Penkun. Wenn es fertigbrächten, zu hoffentlich bald verlegten Kanalisation auch eine biologische Kläranlage zu bauen - Pflanzen bauen das verunreinigte Wasser ab - dann würden zum Mekka für sanfte Touristen.

gegenüber den pompösen konventionellen Kläranlagen.

Oberstes Ziel muß dabei sein, die „Einleitung von Schadstoffen“ an der Quelle zu stoppen, also in den Haushalten zu vermeiden (Verwendung von „richtigen“, d. h. biologisch abbaubaren Wasch- und Spülmitteln!).

Susanne Gerstenberg Laholm/Schweden

Mehr Ökologie, bitte

Die Auseinandersetzung mit den in den ostdeutschen Umbruchszeiten besonders bedeutsamen ökologischen Problemen scheint mir im MA - sofern sie überhaupt stattfindet - zu sehr im Zufälligen stecken zu bleiben: So positiv es ist, wenn sporadisch über landespolitische Umwelt-Skandale und Skandalchen von Lubmin bis Schönberg berichtet wird, - mehr systematische Re-

cherche zu den Umwelt-Problemen des Landes wäre vonnöten. Der Ehrgeiz, pro Ausgabe mindestens ein ökologisches Thema zu präsentieren, täte der Zeitung sicher gut.

Ähnliches gilt für die Entwicklung in der Landwirtschaft, die nach meinem Eindruck stärker in's Blickfeld gerückt gehört.

Walter Rießmayer, Rostock

TRAVAG
wenn es um Ihr Auto geht!

Bahnhofsallee 36 · Ratzeburg · Tel. (04541) 3541

Donnerknatter! Abgasanlagen zum Aktionspreis.

Warten Sie nicht, bis es knallt: Jetzt gibt's bei uns Abgasanlagen zum Aktionspreis. Das schont Ihr Gehör, Ihre Umwelt und Ihren Geldbeutel. Und auf Original Teile und die Arbeit bekommen Sie ein Jahr Gewährleistung. Wann dösen Sie mal bei mir vorbei?

Unser Angebot: z. B. für Golf, 55 kW, Bj. 85, Motor-KB: EZ, Nachschalldämpfer erneuern incl. Montage zum Aktionspreis DM 210,00

Der große Knüller
bei **Möbel Reusch**
alles sofort lieferbar

- ★ Polstergarnituren
- ★ Tische und Stühle
- ★ Wohnwände
- ★ Eckbänke
- ★ Rattanmöbel
- ★ Schlaffliegen / Schlafzimmer
- ★ Kleiderschränke und vieles mehr!

Kommt und schaut Mo.-Fr. 9.30-18.00 Uhr
Do. 9.30-20.00 Uhr
Sa. 9.00-13.00 Uhr
1. Sa. im Monat 9.30-16.00 Uhr

in Bulower Burg an der B 104 zwischen Güstrow und MAZ
Telefon Güstrow 6 61 87

Hamburger Kaufmann sucht alte Mühle, Seegrundstücke und Mietshäuser. Tel. HH 39 26 39 - Uwe Terlitschke, HH 50, Planckstraße 11

R. B. M. — Ihr Partner für ...

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

- Betonbruchschotter ● Güteüberwachte MV-Schlacke ● Kabelverlegesand ● Mutterboden
- Beton- und Straßenaufbruch ● nicht verunreinigten Bauschutt ● unbelasteten Boden.

Haben Sie Entsorgungsprobleme?
Rufen Sie uns an!

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

0-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

riemer Crivitz

Unser Angebot bis August '92 für jeden neuen Polo:

Jetzt besonders günstige Finanzierung mit 6,9 % eff. Jahreszins!

Besuchen Sie unser Verkaufsteam Herrn Soomann und Herrn Stuntebeck.

„riemer — echt stark!“

riemer 2712 CRIVITZ
Parchimer Straße 64

